

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 8. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Staatsminister Grafen zur Lippe den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; den Ober-Berg-Rath Lindig zu Berlin zum Geheimen Berg-Rath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu ernennen; so wie dem zur Zeit kommissarisch bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beschäftigten Ober-Berg-Rath Credner, und dem ehemaligen Ober-Berg-Rath Lörbach zu Essen den Charakter als Geheimer Berg-Rath zu verleihen; den Stadtrichter Engelbrecht zu Königsberg i. Pr. zum Stadtrichter-Rath daselbst zu ernennen und den technischen Hilfsarbeitern bei der Bau-Abtheilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Bau-Inspetoren Gärtner und Sonntag zu Berlin den Charakter als Baurath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, 8. Dezember Nachmittags. Abwechselnd Schnee und Regenwetter. — Sämmtliche fällige Posten vom Kontinent sind eingetroffen.

Paris, 7. Dez. Einer Mittheilung des „Etendard“ zufolge verlautet gerüchtheil, daß Garibaldi in Folge der unvermuthet veröffentlichten Amnestie aller bei der römischen Invasion kompromittirten Personen, Kaprea bereits wieder verlassen haben solle. „Etendard“ fügt hinzu, unser römischer Korrespondent beharrt bei seiner Annahme, daß ein neuer Angriff gegen das römische Gebiet bevorstehe.

France“ schreibt, es ist heute in parlamentarischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß anlässlich der Erklärungen Rouhers über die römische Angelegenheit in dem Ministerium Meinungsverschiedenheiten entstanden seien.

Die „Presse“ theilt mit, daß der Papst dem Kaiser in einem Telegramm für das Votum des gesetzgebenden Körpers vom 5. Dezember seinen Dank ausgedrückt habe. Die „Presse“ behauptet ebenfalls, daß in Florenz ein neuer Angriff gegen Rom vorbereitet werde.

Paris, 8. Dez. Nachmitt. Mehrere Abendblätter dementiren anscheinend officiös die Nachricht, daß zwischen Frankreich und Desterreich ein Vertrag zur Aufrechterhaltung der Integrität der Pforte unterzeichnet sei.

Amsterdam, 7. Dezember, Abends. Die zweite Kammer hat heute alle Positionen des provisorischen Kreditgesetzes angenommen. Die Entscheidung des Königs über das Demissionsgesuch des Ministeriums ist bis zur Stunde noch unbekannt.

Florenz, 7. Dezember, Nachmittags. Sitzung des Senats. Torreasar lenkt die Aufmerksamkeit auf die vorgestrige Rede des Konseilspräsidenten Menabrea, und geht dann auf eine Besprechung der römischen Frage ein. Redner hält fest an dem Rechte der italienischen Nation auf Rom und spricht sich dahin aus, daß die Konferenz nicht zusammentreten werde. Italien solle zwar nicht den europäischen Frieden stören, aber es dürfe auch nicht seinen Rechten entsagen. Der Konseilspräsident erwiderte, er habe die Intentionen des Ministeriums bereits dargelegt. Die römische Frage biete in der That große Schwierigkeiten. Die Lösung derselben sei jedoch im Interesse Italiens und des Papstes gleich notwendig. Mit Mäßigkeit und Verständigkeit, so schließt Menabrea seine Erklärung, werden wir eines Tages unser Ziel erreichen. Hierauf schlägt Torreasar folgende Tagesordnung vor: Indem der Senat Akt nimmt von den Erklärungen des Konseilspräsidenten, geht er in der sichern Ueberzeugung, daß das Ministerium die Rechte der Nation aufrecht erhalten werde, zur Tagesordnung über.

Leopoldi bekämpft den Antrag des Vorredners, indem er ausführt, daß bereits bezüglich Roms eine Tagesordnung bestesse, nämlich das Votum vom März 1861, welches Rom als Hauptstadt Italiens proklamirte, Redner beantragt, dieses Votum jetzt zu bestätigen. Menabrea nimmt noch einmal das Wort, um sich Namens der Regierung für die Tagesordnung, wie sie von Torreasar motivirt sei, auszusprechen, indem er erklärte, daß dieselbe mit den Ideen des Ministeriums übereinstimme.

Auch Conforti bekämpfte den Antrag Leopoldi's, weil der Beschluß vom Jahre 1861 davon spreche, in Uebereinstimmung mit Frankreich nach Rom zu gehen. Italien müsse sich stark machen, und dann werde die römische Frage gelöst sein. Conforti empfiehlt dem Senate dringend Annahme der Tagesordnung Torreasar's. In der darauf erfolgenden Abstimmung wurde die letztere einstimmig angenommen.

In der Deputirtenkammer wird am nächsten Montag über die Interpellation betreffend die römische Frage verhandelt werden. Nach einem in parlamentarischen Kreisen verbreiteten Gerüchte wäre Lanza Willens die ihm übertragene Präsidentenschaft der Kammer abzulehnen.

Stalienische Rente 51. 15. Napoleonsd'or 22. 70.

Florenz, 8. Dezember, Vormitt. Die „Opinion“ schreibt: Die Rede, welche der Staatsminister Rouher im gesetzgebenden Körper gehalten hat, ist gleichsam die Grabrede der Konferenz. Die französische Regierung hat jetzt eine klerikale Politik inaugurirt; sie kann nicht beanspruchen, daß man ihr auf dieser Bahn folge. Unser Recht muß gegenüber denjenigen, welche es nicht anerkennen wollen, in feierlicher Weise von dem Parlamente bekräftigt werden.

Florenz, 8. Dezember, Nachmitt. Gutem Vernehmen nach ist von dem diesseitigen Gesandten in Paris Ritter Nigra eine Depesche eingegangen, welche bezüglich der letzten Rede Rouher's versichern zu können glaubt, daß die Aeußerung des Staatsministers — Italien solle sich Roms nicht bemächtigen — nur dahin zu verstehen sei, daß Frankreich eine gewaltsame Erwerbung Roms seitens Italiens nicht gestatten werde. Die Depesche Nigra's wird, wie man hört, den Kammern mitgetheilt werden.

Die orientalische Frage

zu lösen durch die polnische, ist eine Idee, der wir in der Presse schon häufig begegnet sind. Diese Idee scheint jetzt auch in solche Kreise gedrungen zu sein, die sich sonst abwehrend dagegen verhielten; denn es wird mit immer größerer Bestimmtheit versichert, Herr v. Deust habe in seinen Besprechungen zu Paris gewisse Eventualitäten berührt, die auf nichts mehr und nichts weniger hinausliefen, als auf die Benutzung der zerstreuten Kräfte der polnischen Nation gegen die russische Invasion in die Türkei. Und ein officiöses Wiener Blatt, die „Debatte“, läßt nicht nach, Rußland mit der Polenfrage zu drohen. Indem sie die Zeitungsnachricht von politischen, sich auf die Polenfrage beziehenden Reisen des Fürsten Sapieha demontirt, fügt sie hinzu, daß die Frage jetzt weniger denn je in den Kabinetten besprochen werde; sollte aber, schließt sie, die Stunde kommen, wo sie auf die Tagesordnung gesetzt wird, dann wird es geschehen, ohne daß Fürst Sapieha es nöthig hätte, diplomatische Missionsreisen zu machen.

Wie es sich nun auch mit der angeblichen Mission des Fürsten Sapieha verhalte, zu bestreiten ist nicht, daß Frankreich und Desterreich die Polenfrage im Hinterhalte bereit haben, um sie in gelegentlich Augenblicke gegen Rußland heranzuziehen. Es würde eine Bestätigung dieser Ansicht sein, wenn die in Galizien angeblich gehegte Erwartung, daß der ehemalige Insurgentenführer Langiewicz eintreffen und seinen Frieden mit der Regierung machen werde, sich erfüllte. Langiewicz, heißt es in Galizien, sei zum „Obergeneral“ der polnischen Landwehr bestimmt, falls im Frühjahr mit Rußland angebunden würde.

Daß Langiewicz seit längerer Zeit Werbungen für die Türkei sowohl in Galizien als in der Emigration betrieben hat, ist bekannt. Die russische Regierung ist auf dieselben nicht minder aufmerksam, als die österreichische auf die verdächtigen Vorgänge in Rußland und Serbien. Neuerdings hat die russische Regierung sogar den preussisch-russischen Grenzverkehr in dieser Beziehung scharf beobachtet, Infolge dessen hat dieselbe, wie eine Zeitungsnotiz besagt, auf diplomatischem Wege in Berlin anzeigen lassen, daß laut sicherer Nachricht in Heiligelinde, bei Roßfeld in der Provinz Preußen, und zwar in der dortigen Kirche und den dazu gehörigen Gebäuden, für polnische Aufständische 2000 Gewehre behufs gelegentlicher Ueberführung nach dem Königreiche Polen versteckt seien. So unwahrscheinlich die Nachricht klang, mußte doch das Ministerium des Innern den Oberpräsidenten von Preußen mit Ermittlung und weiterer Nachforschung beauftragen. Demgemäß hat der Landrath in Rastenburg die genaueste Durchsuchung der (katholischen) Kirche, sogar der Thürme und Gewölbe, des Probsteigebäudes u. s. w. vornehmen lassen, ohne daß dabei auch nur ein Gewehr oder eine andere Waffe gefunden worden wäre.

Wie weit andere, wohl auch durch russische Organe entstandene Gerüchte von geheimen Waffentransporten für Polen sich bestätigten, ist uns wenigstens fremd. Aber ob die russische Polizei sie erfundet, oder ob sie begründet sind, Rußland wird die unläugbar vorhandene Nützlichkeit der polnischen Emigration gewiß als Vorwand gegen Desterreich benützen und seinerseits mit der Agitation in Galizien und in Serbien antworten.

Die Stimmung zwischen beiden Kabinetten ist eine überaus gereizte, ein Konflikt fast unvermeidlich, wenn Desterreich nicht geradezu ignoriren will, was an seinen Grenzen vergeht. Von Serbien aus sind seine Interessen bedroht. In Serbien scheint sich gegenwärtig das Schicksal des Türkenreichs entscheiden zu sollen. Serbien steuert unmittelbar auf den Krieg los, aber es macht auch Miene, sich den Preis seiner etwaigen Erfolge hinterher nicht rauben zu lassen. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die serbische Regierung damit umgehe, sich und zwar Behufs der vollständigen Losreißung von der Oberherrlichkeit der Pforte, der slawischen Bewegung zu bemächtigen und sich an deren Spitze zu stellen.

Fürst Michael indeß macht die größten Anstrengungen, um der Aktionspartei das Heft zu entreißen und es wieder selbst in die Hand zu bekommen. Er hat den ihm von Rußland oktroyirten Minister Nikitsch entlassen, als er noch kaum sein Amt angetreten, und einen wie es scheint, gemäßigteren Mann berufen. Eine Anzahl russischer Agenten ist wieder über die Grenze gebracht worden, und die amtlichen und halbamtlichen Blätter sind dahin instruirte, das Volk vor einem hastigen Kriege gegen die Türkei, der es einer österreichischen Invasion oder im besten Fall einer russischen Suprematie aussetzen würde, zu warnen. Wenn Fürst Michael seine eigene Politik durchführen kann, wird er den Sultan nur dann angreifen, wenn ihn außer Rußland noch eine andere Macht dabei militärisch oder diplomatisch unterstützt. Er weiß sehr wohl, daß selbst ein Sieg, wäre er nur mit russischer Hilfe erkauft, ihn abhängiger machen würde, als er es jetzt in seiner Stellung als nomineller Basall der Pforte ist. Indes hat er die ungeduldige Jugend seines Volkes, zumal soweit sie lesen kann, d. h. unter serbischen Verhältnissen, sich zum Priester- und Offizierstande vorbereitet, gegen sich. Wie lange er sich ihrer erwehren kann in einem Lande, dessen Thron vor Handstreich nicht sicher ist, bleibe dahin gestellt. Seine Truppen, die allerdings nur Miliz, aber den Türken an militärischer Schulung ziemlich gewachsen sind, bestehen aus etwa 100,000 Mann. Dabei ist die Zahl der Bataillone und Kompagnien unverhältnismäßig groß, so daß man offenbar darauf gerechnet hat, die Kadres im Ernstfall aus der Mitte des noch unter türkischer Herrschaft stehenden Theiles der Serbennation auszufüllen.

Das bulgarische Revolutionskomité ist nach Bessarabien übergesiedelt. Es wohnen dort an 100,000 Bulgaren, die früher einmal nach Rußland ausgewandert.

Die Dinge scheinen in der That soweit gediehen, daß ein Zu-

rückführen in die friedliche Bahn nicht mehr thunlich ist. So wenig Rußland sein Ziel aufgeben wird, kann Desterreich die Dinge ruhig gehen lassen, es wird seine Drohungen verwirklichen, die ihm von der polnischen Emigration empfohlene Politik befolgen müssen und dann wird in der That der von dieser Seite immer behauptete Zusammenhang der polnischen und der orientalischen Frage zu Tage treten. Dies wäre die Stelle, an der die polnische Emigration es noch zu einer geschichtlichen Bedeutung zu bringen vermöchte, wenn sie in sich einzig wäre.

Deutschland.

Preußen. A Berlin, 8. Dezember. Hierher gelangte Mittheilungen bestätigen, daß der Papst beabsichtige, den Kardinal Antonelli als Bevollmächtigten zur Konferenz zu schicken, und fügen hinzu, daß dieser als legatus ab latere erscheinen wird. Kommt diese Absicht zur Ausführung, so würde den früheren Rangverhältnissen nach wenigstens, der Kardinal in der letzteren Eigenschaft den Vorrang vor den Repräsentanten der weltlichen Mächte einnehmen und den Vorsitz auf der Konferenz zu führen haben. Da nun die Konferenz wahrscheinlich in Paris stattfinden wird, wenn sie überhaupt zu Stande kommt, und Frankreich sich als die katholische Macht *à la tête* betrachtet, so wird dem Kardinal die Ehre gewiß bereitwillig eingeräumt werden. Ueberhaupt wäre es das Beste, wenn sich Frankreich und Rom mit Hinzuziehung von Stalien allein verständigten, denn man sieht in der That nicht, was die übrigen Mächte noch sollen. Die jüngste Rede des Herrn Rouher spricht deutlich genug aus, daß Frankreich seine Entschließungen schon gefaßt hat, so daß die Anschauungen der übrigen Mächte ganz gleichgültig sind und wirkungslos sein werden. Daß aber Frankreich allein mächtig genug ist, den Papst in seinem Patrimonium zu schützen, ist doch unzweifelhaft.

Die Genehmigung des Entlassungsgesuchs des Grafen zur Lippe ist bisher nur einfach amtlich angezeigt worden. Die Kabinettsordre aber, mit welcher das Gesuch beantwortet wurde, wird noch nachträglich zur Publikation gelangen. In derselben sagt der König, daß er sich bewogen finde, das wiederholte Gesuch mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Justizministers in Gnaden zu genehmigen, unter Anerkennung der in schwerer Zeit bewährten Treue und Hingebung, und daß Se. Majestät die Hoffnung habe, den Petenten wieder in seinem Dienste verwenden zu können. — Aus den Motiven zu dem am Freitag vom Handelsminister im Abgeordnetenhaus eingereichten Gesetzentwurf, betreffend die Eisenbahn von Kall nach Trier, geht hervor, daß die Ausgaben für die Erbauung des erforderlichen Bahnterrains der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft, welche den Bau übernommen hat, höher zu stehen kommen, als angenommen war. Man hatte darauf gerechnet, daß die Kreise das erforderliche Terrain meistens unentgeltlich hergeben würden. Es sind aber einzelne Kreise notorisch so arm, daß sie eine Beihilfe nicht zu leisten vermögen; andere sind zu Leistungen bereit, müssen aber zu den Landerwerbungen Zuschüsse von der Gesellschaft erhalten. Es stellt sich hierdurch die Summe für die Erwerbung des Bahnterrains von 120,000 bis 140,000 Thlr. höher, als veranschlagt war. Ferner kann die Gesellschaft für die auszugebenden Aktien einen Pari-Preis nicht erzielen, wodurch abermals eine Erhöhung des Anlage-Kapitals erforderlich ist. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf verlangt daher vom Landtage die Zustimmung dazu, daß die durch das Gesetz vom 7. Juli 1865 gewährte Zinsgarantie für ein Baukapital von 11 Millionen Thalern auch für eine nothwendig werdende Ueberschreitung dieser Summe gewährt werde.

Der Wirkl. Geh. Rath von Frankenberg-Ludwigsdorf, erster Vicepräsident des Herrenhauses hat zur Feier des gefestigten Tages, wo er vor 60 Jahren in königlichen Dienst getreten, das Großkreuz des Rothen Adlerordens erhalten.

Wie verlautet, würde der gegenwärtige Chef-Präsident des Obertribunals, Staatsminister a. D. Uhden, nach der Vereinigung des Oberappellationsgerichts mit dem Obertribunal in den Ruhestand treten, und dann den Grafen zur Lippe als Nachfolger erhalten. Die durch den Eintritt des Präsidenten Dr. Leonhardt erledigte Stelle beim Ober-Appellationsgericht wird wegen der nahe bevorstehenden Aufhebung dieses Gerichts wahrscheinlich nicht besetzt.

Auf Anregung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten hat der Bundeskanzler an die Norddeutschen Regierungen die Einladung zur Besichtigung einer Konferenz von Schulmännern gegen Ende dieses Jahres hier ergehen lassen, welche den Zweck hat, die Anerkennung der erlangten höheren Schulbildung und der davon abhängigen Folgen für den Staatsdienst gemeinschaftlich zu berathen und festzustellen. Hierbei sollen die seit längerer Zeit in Preußen bestehenden Anforderungen als maßgebend zu Grunde gelegt werden.

Eine im letzten Sommer abgehaltene Versammlung von Delegirten der größeren Mannvereine und Pferdezüchter hat sich gutdächlich für eine Erhöhung der staatlichen Subvention zu Renn-Prämien ausgesprochen. In Berücksichtigung dieses Gutachtens, so wie des Umstandes, daß die Erweiterung des preussischen Staatsgebietes noch mehrere wichtige Rennplätze — z. B. Frankfurt a. M., Harburg u. A. — an Preußen gebracht hat, ist neuerdings eine Erhöhung des staatlichen Prämien-Zuschusses von 25,000 auf 50,000 Thlr. jährlich verfügt worden.

Nach einer Mittheilung des Finanzministers vom 13. vorigen Monats ist die Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft nicht mehr in der Lage, den Beamten zur Bestellung von Amts-Kautionen Staatsfahrscheine in Abschnitten von fünfzig Thalern überlassen zu können.

Aus dem Umstande, daß mit dem 1. Januar 1868 das Salzmonopol aufhört, darf nicht gefolgert werden, daß zugleich auch der Betrieb der königl. Salzwerke in die Hände von Privatpersonen übergehe, sei es durch Kauf oder durch Verpachtung. We-

nigstens ist bis jetzt eine dahin gehende Bestimmung nicht getroffen. Dagegen wird, besonders wegen der dann eintretenden Konkurrenz mit dem Auslande eine Regulirung der Salzpreise nothwendig werden und dem Vernehmen nach steht hierüber eine Veröffentlichung in kurzer Zeit zu erwarten.

Der englische Botschafter am hiesigen Hofe, Lord Loftus, hat im Auftrage seiner Regierung das preussische Kabinett erlucht, dem Kommandanten und den Offizieren des preussischen Schiffes „Vineta“, durch welches bekanntlich die Passagiere und Mannschaften des am 20. August unweit der japanesischen Küste gestrandeten britischen Packtdampfers „Singapore“ gerettet worden sind, den wärmsten Dank der britischen Regierung für die den Schiffbrüchigen so bereitwillig geleistete Hilfe auszusprechen. Zugleich ist von dem Botschafter dem Grafen Bismarck eine Depesche des britischen Gesandten in Jeddo, Sir H. Parkes, in welcher die Dienstleistungen des Kommandanten der „Vineta“, Kapitän Kühn, und der Offiziere und Mannschaften des Schiffes in den lebhaftesten Ausdrücken hervorgehoben werden, zur Kenntnissnahme überreicht worden.

Die preussische Landwehr zählt gegenwärtig 6076 Offiziere, nämlich: 2 Generale (Fürst Wilhelm zu Hohenzollern-Hechingen und Prinz Adolph von Hohenlohe-Schillingen), 1 General-Major Minister-Präsident Graf Bismarck, 40 Obersten, 62 Oberst-Lieutenanten, 156 Majore, 412 Hauptleute und Rittmeister und 5403 Premier- und Sekonde-Lieutenanten. Nach den verschiedenen Waffen klassifiziert, zählen zur Infanterie 4364, zur Kavallerie 1182, zur Artillerie 332, zu den Pionieren 67 und zum Train 131 Offiziere. Dem Offizierkorps des 1. (Berliner) Bataillons 2. Garde-Landwehr-Regiments gehören zur Zeit an: 3 Prinzen, 9 Grafen, 4 Barone, 32 adeliche und 10 bürgerliche Offiziere.

Die Bildung dreier neuen Kavallerie-Regimenter für das Heer des Norddeutschen Bundes soll jetzt bevorstehen und die dazu erforderliche Truppenzahl aus dem Herzogthum Anhalt, dem Großherzogthum und den Herzogthümern Sachsen ausgehoben werden.

Für eine etwaige künftige Kriegsführung ist nach den im letzten Kriege gemachten Erfahrungen der Militär-Zwieback bestimmt, in einem weit erhöhten Maße als früher eine Anwendung zu finden. Zu diesem Behuf wird derselbe in Zukunft in wesentlich veränderter Form hergestellt werden, und zwar sollen die 3/4 Zoll langen, 4 Zoll breite und 1/2 Zoll dicken Stücke nach Art der Chokoladentafeln mit tiefen Einschnitten versehen werden, um so einerseits das Zerbrechen zu erleichtern und andererseits dem Abspringen und Verlorengehen einzelner Stücke vorzubeugen.

In Betreff der Farbe des Lederzeugs der Provinzial-Landwehrbataillone ist bestimmt worden, daß die ersten Bataillone der Provinzial-Landwehr-Infanterie-Regimenter weißes, dagegen die zweiten Bataillone so wie die Reservebataillone schwarzes Lederzeug tragen sollen.

Mit diesem 1. Oktober sind bei der hiesigen Garnison allein nicht weniger als 412 einjährige Freiwillige eingetreten.

Wie österreichische Blätter erzählen, beabsichtigt für die Lieferung von Panzerplatten für die preussische Marine das österreichische Etablissement des Grafen Fendel-Donnersmarck zu Zellweg mit einem großen englischen Eisenwerks-Besitzer in Konkurrenz zu treten. Es soll in diesen Tagen auch an das preussische Marineministerium eine Panzerplatte als Muster abgehen, die zu den größten und stärksten gehört welche überhaupt hergestellt werden können. Sie Platte wiegt 153 Ctr., ist 16 Schuh lang, 3 1/2 Schuh breit und 8 Zoll dick.

Danzig, 7. Dezember. [Zum Nothstande.] Die Verhandlungen über die Maßregeln, welche Seitens des Staates zur Beseitigung des Nothstandes in der Provinz Preußen und insbesondere in den Reg.-Bezirken Gumbinnen und Königsberg zu treffen sind, haben einstweilen ihren Abschluß gefunden. Die Resultate der Verhandlung, welche zwischen den Vertretern des Ministeriums und einem Theil der preuß. Abgeordneten (v. Jordanbeck, v. Hennig, v. Hoyerbeck, v. Brauchisch, v. Sauten-Julienfelde u.) stattfanden, liegen nunmehr vor. Die Seitens des Staatsministeriums gefassten Beschlüsse geben dahin, den betroffenen Kreisen in ausreichender Weise Fonds zu Chausses- und Wegebauten zur Disposition zu stellen; desgleichen Vorschläge zu ausgedehnten landwirtschaftlichen Meliorationen zu gewähren, desgleichen Seitens der Forstverwaltung in möglichst ausgedehnter Weise Arbeitsstellen zu eröffnen und außer der Herabsetzung der Frachttäge auf den Eisenbahnen auch noch Getreide aus königl. Magazinen zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat die Regierung auch noch den Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf den Nothstand des Schleunigsten mit dem Bau der beiden Eisenbahnen von Thorn nach Insterburg und von Schneidemühl nach Dirschau vorzugehen, auch darauf Bedacht zu nehmen, den kleinen bäuerlichen Wirthen in den heimgekehrten Distrikten, soweit sie pupillarisches Einkommen gewähren können, mit Vorschüssen zur Erhaltung ihrer Prästationsfähigkeit und Durchwinterung ihrer Wirtschaften zu Hilfe zu kommen. Zu dem letzteren Zwecke soll die Regierung namentlich die noch nicht vernichteten 1,200,000 Tblr. Darlehns-Kassenscheine zu verwenden und hierzu sowie zu dem Bau der erwähnten Eisenbahnen die Zustimmung des Landtags einzuholen. Die Anschlagssummen für die Thorn-Insterburger Bahn einschließlich der Weichselbrücke beträgt rund 16 Millionen, für die Linie Schneidemühl-Dirschau 8 Mill. Ferner wird die Legung des zweiten Geleises der Dirschau-Dirschau und Gydtkuhnen baldigst an mehreren Stellen in Angriff genommen werden; auch wird die Staatsregierung dahin wirken, daß die Stettiner Eisenbahngesellschaft den Bau der Eisenbahn Köslin-Danzig auf der Strecke Danzig-Neustadt u. s. sofort beginne. Die darauf bezüglichen Verhandlungen sind bereits eröffnet. Schließlich erwähnen wir noch, daß die Regierung auch beabsichtigt, einigen Fabriken Staatsaufträge zugehen zu lassen, um den Arbeitern Beschäftigung zu gewähren.

Danzig, 8. Dezember. Das Laboratorium in Bastion Kaninchen, in welchem gestern eine Explosion stattfand, sollte, wie wir hören, zum letzten Male zur Anfertigung von Pappatronen benutzt werden. Es waren darin 100 Mann beschäftigt, von denen aber nur die der ersten Explosionsstelle zunächst stehenden (leider doch 21 Mann) Verletzungen erlitten, während es den Uebrigen gelang, durch die Fenster zu springen, ehe das Pulver an anderen Stellen Feuer fing. Keiner der Verletzten hat glücklicherweise Scha-

den an den Augen erlitten. Sämmtliche Vorräthe an fertigen Patronen blieben unverletzt.

Hannover, 5. Dezember. Vor gefüllten Zuhörerräumen sprach heute die hiesige Strafkammer das Urtheil in der Untersuchungssache gegen den Pastor Grote aus Hory, [Siehe Nr. 285 dieser Zeitung] wegen Erregung von Haß und Verachtung gegen die unirte Kirche in Preußen, aus. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängniß beantragt, das Gericht erkannte eine Gefängnißstrafe von vier Wochen. Das Erkenntniß nimmt an: Es sei festgestellt durch die Verhandlung, daß der Pastor Grote durch seine Schrift: „Funzig Thesen zur Säcularfeier der Einführung der Union in Preußen“ — die Union, eine Einrichtung der evangelischen Kirche in Preußen, und die unirten Gemeinden, Religions-Gesellschaften, welche im preussischen Staate mit Korporationsrechten bestehen, in einer Weise dargestellt habe, welche dieselben dem Haß und der Verachtung aussetzt, dagegen sei nicht festgestellt, daß in der genannten Schrift die evangelische Kirche in der bezeichneten Weise dargestellt sei, auch nicht, daß die unirten Gemeinden eine besondere Kirche innerhalb derselben bilden. In den sehr ausführlichen Entscheidungsgründen hat das Gericht bei Zurechnung der Strafe mildernd in Betracht gezogen, daß die fragliche Druckschrift nur für gebildete, insbesondere theologische Leser, bestimmt ist und daß der Angeklagte bei seinem lebhaften Glaubenseifer die Strafbarkeit seiner Handlungsweise nicht in ihrem ganzen Umfange erkannt habe.

Bayern. München, 7. Dezember Vormittags. Gutem Vernehmen nach hat sich Prinz Alexander von Oldenburg mit der Prinzessin Eugenie von Leuchtenberg verlobt.

München, 7. Dezember Abends. Die Führung der bayerischen Stimme im Zollbundesrathe wird gutem Vernehmen nach dem bayerischen Gesandten in Berlin übertragen werden.

Augsburg, 7. Dezember. Eine anscheinend offiziöse Korrespondenz der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ aus Berlin meldet, daß die Kabinette von Berlin, Petersburg und London an der Ansicht festhalten, daß zur Befriedigung der Konferenz die Vorlegung einer Basis für die Verhandlungen französischerseits durchaus nothwendig sei. Frankreich soll eine Vorberatung der betreffenden Gesandten der Großmächte vorgeschlagen haben. Nach Berlin sei über diesen Plan noch nichts gemeldet worden, doch sei derselbe nicht unwahrscheinlich. Was den Umstand betreffe, daß der Norddeutsche Bund nicht zur Konferenz eingeladen sei, so hänge das allerdings damit zusammen, daß Frankreich den Bund noch nicht anerkannt habe; doch erscheine diese Thatsache erst in ihrem wahren Lichte, wenn man erwäge, daß das Bundespräsidium es nicht für nothwendig halte, die Anerkennung eher anzuregen, als die Regelung des Bundesgesandtschaftswesens erfolgen werde.

Pasau, 2. Dezember. Gestern, Sonntag, Vormittag entgleiste auf der Semmering-Bahn der an diesem Tag stets stark besetzte Wien-Triester Postzug und stürzte in einen 40 Klafter tiefen Abgrund. Von den Passagieren blieb Niemand am Leben, vom Zugpersonal nur ein Bremser, der rechtzeitig noch vom allerletzten Wagen herabspringen konnte. (Diese dürftige bisher anderweit nicht bestätigte Notiz läßt uns an der Wahrheit des furchtbaren Vorfalles zweifeln. D. H.)

Sachsen. Leipzig, 6. Dezember Abends. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl siegte die liberale Partei mit großer Majorität.

Österreich.

Wien, 6. Dezember. In der Hofburg-Pfarrkirche haben, wie der „Volksfreund“ meldet, Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin 10,000 Fl., Ihre Majestät die Kaiserin-Mutter 2000 Fl. österreich. Währung, die Erzherzogin Sophie 1000 Fl., Erzherzog Karl Ludwig und die Erzherzogin Annunciana 1000 Fl.; ferner der Herzog und die Herzogin von Modena in ihrer Hauptkapelle 4000 Fl., der Infant Alphonso im Namen seiner Mutter, Infantin Maria Beatriz Erzherzogin von Oesterreich-Este, und in seinem eigenen Namen 1050 Fl., der König und die Königin von Hannover 1000 Fl. österreich. Währung für den Papst gespendet.

Wien, 7. Dezember Abends. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Regierungsvorlage betreffend die Vermehrung der Münzschneide von 12 auf 15 Millionen gegen äquivalente Einzahlung von Staatsnoten dem Finanzausschuß überwiesen. — Das Haus verwarf die Änderungen, welche das Herrenhaus an den Gesetzen betreffend die Vollzugsgewalt der Regierung vorgenommen hatte, indem die Bestimmungen über das Recht des Kaisers, Gesandte zu entsenden, als nicht in dies Gesetz gehörig erklärt wurden. Ebenso wurde die Bestimmung, welche das Herrenhaus bezüglich des Briefgeheimnisses in das Gesetz über die Staatsbürgerrechte aufgenommen hatte, verworfen. — Auch die wesentlichen Abänderungen, welche das Herrenhaus im Verfassungsentwurf beschlossen hatte, wurden abgelehnt; dagegen erhielten die Entwürfe betreffend die richterliche Gewalt und das Reichsgericht sowie das Delegationsgesetz in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung die Genehmigung des Hauses.

Die „Abendpost“ dementirt alle Gerüchte betreffend die Aufhebung der Militärgrenze.

Pesth, 7. Dezember, Nachmittags. Die Deputirtenkammer nahm bei der Schlussabstimmung das Gesetz, betreffend die von Ungarn zu den Staatsausgaben zu leistenden Quoten an und trat dann in die Verathung des Staatsschuldengesetzes ein. Der Finanzminister empfiehlt die Annahme desselben. Lisza beantragt die Vertagung der Verathung bis nach der Vorlage des Budgets.

Der Unterrichtsminister hob in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede hervor, daß Ungarn allerdings eine große Last durch die Annahme des Gesetzes übernehme, daß man aber die Ausgleichsfrage nicht für sich allein, sondern im Zusammenhang mit der Situation betrachten müsse. Diese erfordere die Verbindung Ungarns mit der Gesamtmonarchie, und die Wohlfahrt Ungarns würde nicht gefördert werden, wenn der Reichstag etwas beschlösse, was in den übrigen Ländern der Monarchie Finanzverlegenheiten hervorriefe. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß durch die Freiheit die Kräfte des Landes verdoppelt und die übernommenen Lasten erträglicher gemacht würden. Die Rede des Ministers wurde mehrfach durch sehr lebhaften Beifall unterbrochen.

Aus Nordösterreich, 5. Dezember. Wie vertrauliche, gut unterrichtete Briefe aus Ungarn mittheilen, dürften dort die gegenwärtigen Dinge nur mühsam bis zum Eintritt des Frühlings zu-

ammenhalten. Das Ministerium Andrássy verliert täglich an Terrain, während die Reihen der Separatisten sich fortwährend verstärken, und der Pester Regierung und dem sogenannten Ausgleich mit Oesterreich gegenüber eine stets drohende Stellung annehmen. Die über ganz Ungarn verzweigten Honvedvereine arbeiten mit allem Nachdruck, „damit das ungarische Volk das Verlangen nach einer eigenen nationalen Armee stets lauter erhebe, welche die „wirkliche, einzige Stütze der Freiheit Ungarns sei!“ — Selbst unter den außerhalb Ungarns stationirten ungarischen Regimentern — zumal unter den Husaren — haben die Honvedvereine geheime Verbindungen angeknüpft, um dieselben für die Nationalidee zu gewinnen, und im opportunen Moment von Oesterreich abzukehren. Das Wiener Kriegsministerium erläßt gegen diese gefährliche Propaganda eine ganze Reihe geheimer Circulare an die Truppen und Regimentskommandeure, aber dieses Mittel verfährt selbstverständlich wenig. Das ganze Treiben der magyarischen Bewegungspartei hat eine frappante Ähnlichkeit, mit dem, welches der Revolution von 1848 vorherging. — Aus Prag und Böhmen überhaupt wird fortwährend über einen Polizeidespotismus geklagt, wie dieser selbst zur Zeit des berüchtigten Vach nicht ärger gewesen. Sie dürften bereits wissen, daß unlängst am Jahrestage der Weissenberger Schlacht einige böhmische Damen einen Erinnerungskranz an die besiegten böhmischen Protestanten auf dem Schlachtfelde niedergelegt, wofür sie sofort polizeilich verfolgt wurden. Wie nun heute aus Prag geschrieben wird, sind wegen jener „regierungsfeindlichen Demonstration“ die Damen Sophie Podlipska und Fräulein M. V. zu 48stündigem Arrest verurtheilt worden. Ein slowakisches Blatt macht hierzu folgende treffende Bemerkung: „Es ist wirklich merkwürdig, was Alles gewissen unlieblichen Personen — oder richtiger gesagt, den an die Wand gedrückten Nationen“ als Verbrechen, Vergehen oder Uebertretung angerechnet — und als Glorification der Revolution bezeichnet wird! In Arad feiert man die 1849 hingerichteten Injuranten Generale, als Märtyrer, läßt Seelenmessen lesen — das ist loyal — in Wien werden den im März 1848 Gefallenen Denkmäler errichtet — das ist in der Ordnung; in Prag legen einige patriotische Damen auf dem weißen Berge — wo die böhmischen Protestanten ihres Glaubens wegen die Schlacht gegen die kaiserlichen Katholiken schlugen, einen Kranz nieder, und das soll eine Feindseligkeit gegen die Regierung sein?

Großbritannien und Irland.

London, 3. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses hatte dasjenige Mitglied des Ministeriums, dessen parlamentarische Erklärungen für die Politiker des Kontinents das unmittelbarste Interesse besitzen — Lord Stanley — eine ganze Reihe von Interpellationen zu beantworten. Hardcastle schien es nicht verwundern zu können, daß England seine Gesandtschaft am königlichen Hofe aufgehoben hat, und wünschte mindestens den jetzt in Gotha residirenden Legationsrath Herrn Barnard nach Dresden versetzt und einen Botschafter dorthin ernannt zu wissen. Darauf antwortete der Minister des Auswärtigen: „Als ich im vorigen Jahre Ihrer Majestät den Vorschlag machte, die Gesandtschaft in Dresden eingehen zu lassen, that ich dies aus zwei Gründen: erstens weil im Königreiche Sachsen, nachdem es in den Norddeutschen Bund eingetreten, jede diplomatische Thätigkeit von Bedeutung für uns fortfiel; zweitens, weil ich von Seiten der britischen Regierung ein baldiges und öffentliches Zeichen der Zustimmung zu der Politik Norddeutscher Einheit geben wollte. Jetzt ist die Norddeutsche Einheit eine vollzogene Thatsache, gegen welche sich Niemand wird auflehnen wollen, und um so mehr bleibe ich der Ansicht, daß es eine nutzlose Vergewendung der öffentlichen Gelder sein würde, in Dresden eine uns jährlich an 4000 Pfd. St. kostende Gesandtschaft zu unterhalten. Doch findet sich in jener Hauptstadt eine zahlreiche englische Kolonie und es ist schon wiederholtlich Klage geführt worden, daß kein britischer Beamter dort sei, der sich ihrer nothigenfalls annehmen könnte. Ich finde, daß alle übrigen Großmächte ihre Gesandten dort belassen haben, und obgleich ich nicht vorschlage, unsere Mission dort wieder ins Leben zu rufen, so möchte ich doch den Ausweg wählen, daselbst einen Gesandtschafts-Sekretär zum Geschäftsträger zu bestellen. Das wird vom Kostenstandpunkte aus befriedigend und gleichfalls den Wünschen der in Dresden wohnenden britischen Unterthanen entgegenkommen.“

London, 5. Dezember. Ein mit 11,000 Unterschriften bedecktes Einladungsschreiben hatte die Katholiken der beiden hauptstädtischen Diözesen Westminster und Southwark auf gestern Abend zur St. James-Halle berufen, um ihre Sympathien für den Papst kund zu geben. Der große Saal war denn auch bis in die äußerste Ecke gefüllt. Den Vortritt führte Dr. Manning, der Erzbischof von Westminster; ihm zur Rechten und zur Linken erblickte man die Spitzen unserer katholischen Geistlichkeit und Laienschaft, darunter den Earl von Denbigh, Lord Arundel of Wardour, Sir C. Clifford, die Parlaments-Mitglieder Sir G. Pebody, Maguire, McKenna, Nearden. Dr. Manning führte in seiner Eröffnungsansprache aus, daß es die Pflicht der 6 Millionen Katholiken in Großbritannien sei, ihre Entrüstung über die neulichen Ereignisse in Italien an den Tag zu legen. Die Versammlung leugne, daß Rom die Hauptstadt Italiens, und behaupte, daß Rom die Hauptstadt der Christenheit sei; sie leugne, daß die italienische Nationalität sich das Erbe der Kirche aneignen dürfe, und behaupte, daß das Patrimonium Petri heilig und unverletzlich sei u. s. w. Der König von Preußen erhielt eine Belobigung von Dr. Manning, weil er „einer Lösung der römischen Frage im Einklange mit den berechtigten Wünschen seiner katholischen Unterthanen“ entgegengehe. Die päpstliche Regierung beschrieb der Redner als eine untadelhafte und gerechte, worüber seine Zuhörer freilich nicht erstanten. „Es ist die Pflicht der christlichen Staaten, das Gebiet der Kirche so zu behandeln, wie Belgien behandelt worden ist, seine Neutralität zu garantiren und es unter den Schutz der Christenheit zu stellen.“ Dies war der Kardinalpunkt der erzbischoflichen Ansprache, welchen Dr. Grant, der Bischof von Southwark, noch des Weiteren ausführte. Es folgten noch mehrere Reden in demselben Sinne, und zugleich wurde eine Reihe von Resolutionen, so wie eine Adresse an den heiligen Vater angenommen, deren Inhalt man sich nach den vielen, letzter Zeit veröffentlichten Schriftstücken ähnlicher Tendenz schon denken kann.

London, 6. Dez., Abends. Das große Opernhaus am Haymarket steht in Flammen; glücklicherweise fand heute Abend keine Vorstellung statt. Allem Anscheine nach ist das Gebäude rettungslos verloren.

Neuters „Office“ hat folgende Depesche aus Newyork vom 27. November mit dem Cunard-Dampfer „Scotia“ empfangen: Folgende Resolutionen und Gesetzentwürfe wurden im Abgeordnetenhaus eingebracht und den betreffenden Komitees zur Berichterstattung überwiesen: 1) Daß eine allgemeine Herabsetzung der inneren Steuern zu empfehlen sei; 2) die Aufhebung der Steuer auf Baumwolle vorzuschlagen; 3) eine fernere Kontraktion oder Konversion von Papiergeld in Bonds, deren Zinsen in Gold zu bezahlen sind, zu verhindern; 4) die Suspension des Präsidenten vom Amte während eines Anklagezustandes und Verhörs zu bestimmen, und schließlich 5) zu erklären, daß die Regierung ihr Wort versündigt habe, das Stammkapital der Bonds in Gold zu bezahlen.

General Butler beantragte und unterstützte eine Resolution, alle Nationalschulden, bei denen nicht förmlich specificirt sei, daß eine Einlösung in Gold geschehen müsse, mit Papiergeld zu bezahlen. Das Haus ließ den Gegenstand unbeachtet. Von der aus 5 Mitgliedern bestehenden Majorität des Gerichtsausschusses wurde ein Bericht im Hause eingebracht; in demselben wird die Verlegung des Präsidenten Johnson in den Anklagezustand befürwortet. Der Bericht fordert das Haus auf, den Präsidenten für schwere Verbrechen und Vergehen anzuklagen. Zwei Mitglieder des Ausschusses brachten den Bericht der Minorität ein; in demselben wird zwar die Handlungsweise Johnsons getadelt, jedoch erklärt, daß die Vergehen eine Verlegung in den Anklagezustand nicht rechtfertigen. Die beiden übrigen Mitglieder des Ausschusses gaben einen anderen Bericht ab, worin die Handlungsweise Johnsons verteidigt wird. Das Haus hat die Berathung dieses Gegenstandes bis zum 4. Dezember ausgesetzt.

General Grant bezeugte, daß die vom Präsidenten Johnson adoptirten Maßregeln zur Wiederherstellung der Union wesentlich eine Fortsetzung der Politik Lincoln's seien.

Jefferson Davis stellte sich am 25. in Richmond zum Verhör; der Richter hat die Verhandlung bis zum 22. März vertagt, um den Derrichter Chase in den Stand zu setzen, dabei den Vorsitz zu führen.

London, 7. Dez., Morgens. Schnee, stürmisch. Der Dampfer „Scotia“ ist aus New-York in Queenstown eingetroffen.

Das Schiff „Neptun“ (auf der Fahrt von Schweden nach Newyork) ist sehr lech in Ramsgate, der „Fred“ (auf der Fahrt von Sunderland nach Paimboeuf) lech in Cowes; die „Agnoria“ (Hamburg-Schiffs) beschädigt in Great-Yarmouth angekommen. Die „Christina Elisabeth“ (Hartlepool-Christiansund) ist von der Mannschaft verlassen worden.

Ein der Royal Mail Steam Company aus Havanna zugegangenes Telegramm meldet, daß am 2. Dezember in St. Thomas ein neues Erdbeben stattgefunden hat. Die See stieg um 40 Fuß. Viele Menschenleben sind zu beklagen, der Verlust an Eigenthum sehr bedeutend.

Der Dampfer „La Plata“ hat erst am 2. d. Mts. Havanna verlassen.

„London Gazette“ meldet die Ernennung Edward Thornton's, zuletzt Gesandter in Rio de Janeiro, zum großbritannischen Gesandten bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Bei dem Brande des Opernhauses sind keine Menschenleben verloren gegangen.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses interpellirte Bontine die Regierung wegen eines angeblichen neuen Uebereinkommens zwischen Frankreich und Oesterreich in Bezug auf die Integrität der Türkei. Lord Stanley erklärte, es sei ihm von einem solchen Uebereinkommen nichts bekannt. Freiherr v. Beust habe bei seiner hiesigen Anwesenheit einige Andeutungen über die der Pforte zu ertheilenden Rathschläge gemacht, welchen die britische Regierung gebührende Aufmerksamkeit geschenkt habe. Weitere Schritte seien in dieser Angelegenheit bisher nicht geschehen.

Die Verlegung des Parlamentes findet erst heute statt. Der Dampfer „Scotia“ sind Nachrichten aus Newyork bis zum 27. v. M. eingetroffen. Die Majorität des richterlichen Ausschusses im Kongresse hat sich definitiv für die Verlegung des Präsidenten in Anklagezustand ausgesprochen und die gegen denselben zu erhebenden Beschuldigungen als äußerst schwere bezeichnet. An Jefferson Davis ist die Aufforderung ergangen, sich zum 22. d. M. zu stellen. Berichte aus St. Thomas geben die Zahl der bei dem neuen Erdbeben vom 2. d. Umgekommenen auf 1014 an. Auf Haiti ist ein allgemeiner Aufruhr gegen den Präsidenten Salnave ausgebrochen.

Frankreich.

Paris, 6. Dezember, Abends. In der heutigen Sitzung des Senates sprach Komte de Laguerrière sein Bedauern darüber aus, daß die Diskussion am Sonnabend in übereilter Weise geschlossen sei. Eine Fortsetzung derselben hätte der Regierung gestattet, in dieser Versammlung ebenso formelle und beruhigende Erklärungen abzugeben, wie gestern im gesetzgebenden Körper. Die Senatoren Dupin und Larrabure sprachen dieselbe Ansicht aus, insofern wurde die Debatte nicht wieder aufgenommen und der Präsident erklärte die Angelegenheit für erledigt.

Paris, 7. Dezember, Morgens. Der heutige „Moniteur“ hebt in einer Besprechung der Eröffnungsrede Menabrea's hervor, daß der italienische Ministerpräsident sich maßvoll und nüchtern über die schwebenden Unterhandlungen ausgesprochen und Alles vermieden habe, was die gegenwärtig eingeleitete diplomatische Aktion erschweren könnte.

Italien.

Rom, 30. November. In diesem Augenblicke wird in der geheimen Druckerei des Quirinals ein Altkunststück von hoher Wichtigkeit gedruckt, nämlich ein Memorandum des heiligen Stuhles an die fremden Mächte, welches der Kardinal Antonelli in der bevorstehenden Konferenz an die Gesandten der übrigen Mächte vertheilt wird. Dieses Memorandum ist eine regelrechte Anklageschrift gegen die Revolution und gegen die italienische Regierung, die sich gegen deren Werkzeuge gemacht habe. Sie enthält, wie man sagt, unerwartete Enthüllungen über die letzten Ereignisse nach un veröffentlichten Dokumenten, die meistens bei den Garibaldinischen Gefangenen gefunden worden seien und unwiderlegliche Zeugnisse für die Mitschuld der italienischen Regierung bei dem letzten Aufstande beibringen sollen. Es bildet einen ziemlich umfangreichen Band.

Neapel, 29. Novbr. Die Anhänger der Dynastie Bourbon haben durch den Abzug der Franzosen aus Rom und durch die Heim-

sendung des größten Theils der französischen Truppen in ihrer Hoffnung auf eine Restauration der früheren Regierung einen Schlag erlitten. Indessen ist von ihnen die Erwartung einer Umwälzung der staatlichen Verhältnisse auf der Halbinsel durch fremde Hülfe nicht aufgegeben. Die erwartete Unterstützung sollten die Franzosen bringen. Bei Ausbruch des letzten Konfliktes zwischen Italien und Frankreich drohte bekanntlich das Pariser Kabinet mit der Besetzung einiger italienischen Städte, wenn die italienischen Truppen den Versuch machen sollten, in Rom einzurücken. Dahin gehörte auch Neapel. Wären aber erst die Franzosen in dieser ehemaligen Hauptstadt, dann sollte unter ihrem Schutze das Weitere vorbereitet werden. Die Entwicklung der Verhältnisse ist zwar augenblicklich eine andere geworden, aber die Hoffnung der Hülfe Frankreichs für partikularistische Zwecke nicht aufgegeben. Diese Zwecke dienen aber mehr äußerlich den Bourbonen, die Muratistische Partei hat ihre Vertreter, welche großen Einfluß in Frankreich besitzen, und sollte es wirklich einmal zu einer Besetzung Neapels durch französische Truppen kommen, so werden die bourbonischen Anhänger sich nur zu bald in Verehrer der Dynastie Murat umgestalten. Sie haben ihre Komitees, ihre Agenten in Paris und benutzen die bourbonische Aristokratie des In- und Auslandes als Werkzeuge ihrer Pläne.

Florenz, 2. Dezember. Vorgestern wurden in Civitavecchia die dort noch zurückgebliebenen Garibaldinischen Gefangenen in Freiheit gesetzt und der italienischen Regierung bei Grotto übergeben. Einige wenige wurden jedoch noch zurückgehalten; man sagt, es seien die aus den Marken und aus Umbrien gebürtigen, welche die römische Regierung als eigene Unterthanen zu behandeln gedenkt; man hofft jedoch auf die Verwendung Frankreichs zu ihren Gunsten. In Rom befinden sich ebenfalls noch Garibaldinische Gefangene, darunter der jüngste von den Brüdern Cairoli, und der Mantuaner Castellazzo; der Erstere wurde in einem Gefechte unter den Mauern Roms, in welchem sein Bruder Enrico fiel, gefangen genommen; der Andere wurde in Rom selbst, noch vor dem Ausbruch der faktischen Feindseligkeiten, als Garibaldinischer Emisär verhaftet. Die römische Regierung scheint die Absicht zu haben, beiden den Prozeß zu machen.

Florenz, 7. Dezember. Deputirtenkammer. Die Deputirten Desanctis, Ferraris, Nicotera und Corte verlangen nach den von der französischen Regierung im Senate und gesetzgebenden Körper durch Marquier Moustier und Staatsminister Rouher abgegebenen Erklärungen unverweilt Interpellationen darüber einzubringen, welche Haltung die Regierung annehmen werde, um die Rechte und die Würde der italienischen Nation zu wahren. Konseilspräsident Menabrea erwiderte, er kenne die Rede des Staatsministers Rouher, dessen Ausdrücke im Uebrigen die Regierung in hohem Grade beschäftigt haben, bisher nur im telegraphischen Auszuge. Im Augenblicke könne er daher den Vorrednern nicht bestimmt antworten, da er erst vorher positive Informationen von dem Gesandten in Paris haben müsse. Menabrea versprach am nächsten Montage bei Gelegenheit anderer Interpellationen auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 7. Dezember, Vorm. Das „Petersburger Journal“ bezweifelt die Nachricht des Londoner „Dwyl“ über ein angeblich von Oesterreich und Frankreich abgeschlossenes Protokoll, welches die Garantie der Integrität der Türkei zum Gegenstande haben solle und bemerkt, ein solches Protokoll würde nur eine Abschwächung des zwischen Frankreich, England und Oesterreich am 15. April 1856 abgeschlossenen Vertrages sein, welcher sich mit derselben Aufgabe beschäftigte. Jedenfalls wäre ein solches Protokoll praktisch ganz bedeutungslos, und würde weder an der thatsächlichen noch rechtlichen Lage der Dinge etwas ändern. Die Integrität der Türkei laufe nur diejenigen Gefahren, welche aus ihrer inneren Politik entspringen. Gegen solche Gefahren würde wohl auch das Protokoll die Türkei nicht schützen wollen.

Osaka, 3. Nov. Es hat sich hier eine Gesellschaft gebildet, welche eine deutsche Zeitschrift für Kunst, Literatur und Wissenschaften zu gründen beabsichtigt. Die nöthigen Gelder waren gezeichnet und das Blatt sollte mit Anfang des neuen Jahres ins Leben treten. Da dasselbe jeder politischen Beziehung durchaus fern stehen und lediglich dem Zweck der Bildung und anregenden Unterhaltung dienen sollte, so zweifelte man auch nicht an der Genehmigung des Unternehmens und erwartete die nachgeforderte Koncession. Wie wir heute hören, ist dieselbe zwar nicht direkt verweigert, ihre Ertheilung aber nur in Aussicht gestellt worden, wenn die Unternehmer sich dazu verstehen wollen, das Blatt in beiden Sprachen, russisch und deutsch erscheinen zu lassen. Daß diese auf die gestellte Bedingung eingehen werden, steht aber nicht zu erwarten, und so wird wohl das Unternehmen nicht zur Ausführung kommen. Die Moskauer Presse unter Katkoff fährt fort, gegen die baltischen Provinzen zu eifern und das Deutschland als ein Hemmnis im Entwicklungsprozeß Rußlands zu bezeichnen. Merkwürdig bleibt dabei, daß der Träger dieser deutschfeindlichen Idee, Katkoff, seine Kinder durch Deutsche ausschließlich deutsch bilden und erziehen läßt, und ein hiesiger achtbarer Bürger, der Geschäfte halber einige Zeit in Moskau weilte und dort K. kennen lernte, erzählt, wie dieser, von einem Deutschen befragt, warum er, als erklärter Feind alles Deutschthums seine Kinder durchaus deutsch erziehen lasse, geantwortet habe: „Meinen Kindern gegenüber handle ich als Vater und sehe als solcher für diese eine deutsche Ausbildung als eine unerläßliche Nothwendigkeit an“.

Warschau, 6. Dezember. Bei der verzweifelter Lage des Königreichs, bei der durch die Russifizierungen herbeigeführten Zerrüttung aller Verhältnisse, und ganz besonders bei der unüberlegten und rücksichtslos statthabenden Niederreißung aller geregelten alten Verwaltungsnormen, ist es kein Wunder, daß man hier die jetzigen Zustände für unhaltbar hält und deren Aufhören immerzu erwartet. In diesem Sinne wird hier die am Dienstag erfolgte telegraphische Berufung eines tüchtigen, trotz seines Polenthums noch in Gnade stehenden hohen Beamten nach Petersburg angesehen. Dieser Beamte, Gudowski, Direktor in der Kommission der inneren Angelegenheiten des Königreichs (welche Kommission übrigens als eine Centralbehörde von Neujahr an aufzuheben hat), ist nach Petersburg abgereist. Sedoch werden von vielen einsichtigen Personen die an seine Berufung geknüpften Erwartungen als sanguinisch angesehen. — Wie man aus den Siedleschen erfährt, dauern die Verfolgungen gegen die bauerliche Bevölkerung unirtter Konfession fort, um sie zum Uebertritt in die, der unirtten allerdings in

vielen Stücken nahe verwandten griechisch-orthodoxen Kirche zu zwingen. Bis jetzt haben jedoch alle Anstrengungen nur den Erfolg gehabt, daß die Orgel und Bänke aus den Kirchen entfernt, und daß russische Popen, anstatt der früheren unirten Geistlichen, angestellt sind, welche Popen jedoch von Seiten der Bauern nicht die mindeste Anerkennung erfahren. Alle die Kirchen, an denen solche Popen angestellt sind, bleiben total unbefucht, und in diesen Gemeinden, werden Taufen, Beichten u. s. w., von alten Geistlichen im Geheimen ausgeführt, die schon längst zu funktioniern aufgehört haben. Sch sage im Geheimen, denn wo ein solcher Geistlicher bei einer Funktion ergriffen wird, wird er hierher nach der Citadelle gebracht und vom Kriegsgerichte nach Sibirien geschickt. Die katholischen Kirchen, der auch von Unirten bewohnten Gegenden, werden von Gendarmen während des Gottesdienstes bewacht, jeder anwesende Unirte notirt und dann bestraft. Der Haß der Bevölkerung gegen die Popen geht soweit, daß diese keine Dienstboten bekommen können, und sich solche aus der Ferne kommen lassen müssen. (D. 3)

Türkei.

Belgrad, 7. Dezember, Morgens. Ueber die bereits gestern kurz mitgetheilte Ermordung eines österreichischen Postkouriers wird weiter gemeldet, daß die That in der Nähe des Ortes Grogpa auf der Tour von Belgrad nach Konstantinopel verübt wurde; der Mörder, welcher nicht erkannt wurde, trug europäische Tracht. Die übrigen Reisenden sowie die Postillone sind unverfehrt geblieben. Als Motiv der That wird persönliche Rache angegeben. Die serbischen Behörden haben eine strenge Untersuchung der That angeordnet.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 6. Dezember Abends. Von Seiten der Reaktion werden umfassende Versuche gemacht, bei den bevorstehenden Wahlen auf die Bevölkerung einzuwirken; es sollen an 20,000 Dukaten zu entsprechenden Zwecken gezeichnet sein. An der Spitze der reaktionären Bewegung steht der Metropolit von Jassy, welcher bereits in Folge der Ereignisse im April 1866 seiner Stellung enthoben war, dann aber vom Fürsten Karl begnadigt und wieder eingesetzt wurde. Man glaubt, eine zweite Entsetzung dieses Prälaten erwarten zu dürfen.

Vom Landtage.

11. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

(Schluß.)

Es folgt der Etat der Lotterieverwaltung für 1868: Einnahme 1,473,392 Thlr. (3224 Thlr. weniger als im v. J.) Ausgabe 83,590 Thlr. (516 weniger). In Preußen bestehen fortan außer der Lotterie in Berlin noch zwei andere, in Hannover und Osnabrück. 1) Lotterie in Berlin: 95,000 Loose in 4 Klassen mit 4,544,000 Thlr. Einsätzen, Gewinnantheil des Staates 13½ Prozent (nach Abzug des Procentbetrages für die Freilose) für zwei Lotterien im Jahre: 1,334,565 Thlr. 24 Sgr.;

2) in Hannover: zwei Lotterien im Jahre, 14,000 Loose in 5 Klassen, Betrag der Einsätze 352,800 Thlr., Gewinnantheil des Staates zu 10 Prozent 75,992 Thlr.;

3) in Osnabrück: zwei Lotterien im Jahre: 22,000 Loose in 5 Klassen, Betrag der Einsätze 306,000 Thaler, Gewinnantheil des Staates zu 10 Prozent 62,400 Thlr.

Die Einnahme aus sämtlichen drei Lotterien: 1,473,392 Thlr., von denen nach Abzug der Verwaltungskosten ein Ueberschuß von 1,389,802 Thlrn. verbleibt.

Zu diesem Etat liegen folgende drei Anträge vor: 1) des Abg. Dr. Beder, die Regierung aufzufordern, auf die möglichst baldige Aufhebung der Lotterie Bedacht zu nehmen.

2) Des Abg. Vauenstein desselben Inhalts, jedoch mit dem Zusatz: bis zur Vorlage des nächsten Budgets u. s. w.

3) des Abg. Jacobi (Viegnitz): die Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen, weshalb dieselbe beabsichtigt, die Verordnung vom 5. Juli d. J., wonach die Landeslotterien in Hannover und Osnabrück, sowie die Lotterie in Frankfurt a. M., und zwar eine jede derselben nach Beendigung ihrer zweiten, im laufenden Jahre spielenden Klassen-Lotterie, aufgehoben werden sollten — hinsichtlich der Lotterien in Hannover und Osnabrück nicht zur Ausführung zu bringen;

ferner, welche Absichten hinsichtlich der Lotterie zu Frankfurt a. M. obwalten.

Reg.-Kommissar v. Leng: Durch Allerhöchste Ordre vom 5. Juli d. J. ist allerdings bestimmt worden, daß die Lotterien in Hannover mit dem Ablauf dieses Jahres ihr Ende erreichen sollen. In Folge dessen gingen aber aus Hannover, besonders von den dortigen Einnehmern, viele Vorstellungen ein, die um Fortdauer der Lotterie baten. Sie stützten sich darauf, daß es für die Einnahmer nicht möglich sei, in der kurzen Zeit sich andere Erwerbsquellen zu suchen; eine sehr große Zahl von Familien würde deshalb durch plötzliche Aufhebung der Lotterie existenzlos werden. Und diese Zahl ist in Hannover ungewöhnlich groß; es sind dort nämlich 112 Haupt-Einnahmer und 383 Unter-Einnahmer. — In Folge dessen wurde die Frage dem Provinziallandtag von Hannover zur Begutachtung vorgelegt, und dieser hat sich dafür ausgesprochen, daß unter allen Umständen für die Durchführung der Aufhebung eine geräumige Frist zu legen sei. Dieser Beschluß wurde beim Könige befürwortet, und in Folge dessen genehmigt, daß vorläufig von der Aufhebung dieser Lotterien abgesehen werden solle. Daher kommt es, daß die betr. Positionen auf dem Etat stehen. Wenn ein Gleiches nicht mit der Frankfurter Stadtlotterie geschehen ist, obgleich auch dort weiter gespielt wird, und bis auf Weiteres noch weiter gespielt werden soll, so hat dies seinen Grund darin, daß die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und der Stadt Frankfurt wegen der Trennung des Vermögens der Stadt von dem des Staates noch nicht zu Ende gediehen sind. Der Regier.-Kommissar ging sodann die einzelnen Positionen durch; die Veränderungen gegen den vorjährigen Etat sind überall nur ganz geringfügiger Art.

Abg. Dr. Beder (Dortmund): Wenn der Staat Ehrenstrafen und Geldstrafen auf das Hazardspiel setzt, so sollte er doch vor allen Dingen nicht selbst gewerbmäßig Hazard spielen. Der einzige Grund, der von den Vertheidigern der Lotterie hervorgebracht wird, ist immer der: „Die Aufhebung sei zur Zeit nicht opportun“. Das ist nichts weiter, als eine laubläufige Redensart, durch die man jede Verbesserung der Verwaltungseinrichtungen zurückweist und die sehr häufig den Ausführungen rationaler Oekonomen entgegenge setzt wird. Die Frage der Aufhebung der Lotterie hat der preussische Landtag nun schon seit 20 Jahren beschäftigt. Im Jahre 1847 sagte ein Mitglied des vereinigten Landtages bei der ersten parlamentarischen Diskussion dieses Themas: „Es hat auf mich stets einen peinlichen Eindruck gemacht, unter den Zweigen unserer Staatsverwaltung ein Institut zu erblicken, welches meines Erachtens seiner Tendenz nach doch wohl nur als ein unmoralisches betrachtet werden kann. Ein solches Institut paßt nicht in einen Staat, dessen Regierung Religion, Moralität und gute Sitte so hoch hält wie die preussische; und es macht in der That einen höchst schmerzlichen Eindruck, als Mittel zur Vermehrung der Staats-Einnahmen eine Summe zu verwenden, die nur dadurch entsteht, daß die unteren Volksklassen sich zu Gunsten derselben die nothwendigsten Lebensmittel entziehen. Es ist von dem Herrn Finanzminister (damals v. Duesberg) gesagt worden, daß er sich dem Antrage auf Aufhebung der Lotterie aus zwei Gründen widersetze: einmal weil der Staatshaushalt für jetzt den Gewinn nicht entbehren könne, dann, weil der Zweck doch nicht erreicht werden würde. Bisher haben wir nur von Ueberschüssen reden hören, so daß, wenn die Abschaffung der Lotterie wünschenswerth erscheinen möchte, doch nicht gerade in dem Finanzzustande ein Grund zu finden sein dürfte, die Aufhebung zu unterlassen. Der zweite Grund ist der, daß der Zweck ohnehin nicht erreicht werde, weil die benachbarten Staaten auch erst die Lotterie aufheben müßten.“ Nun frage ich aber: ist die Aufhebung der Lotterie einmal wünschenswerth, wird dies Institut, ich wiederhole es, als unmoralisch betrachtet, soll dann nicht Preußen mit einem guten Beispiele vorangehen? — Und wer war der Redner von damals? Es ist der heutige Herr Finanzminister (hört! hört!). — Dieses alleseitig als verwerflich erkannte Institut dürfen wir deshalb nicht erst noch in die neuen

Landestheile einführen; Nassau, Kurhessen und Schleswig-Holstein kennen es nicht; in Hannover und Braunschweig aber ist es durch königliche Verordnung vom 5. Juli aufgehoben worden; sie bleibt also aufgehoben und wir haben gar nichts anderes zu thun, als die für die Lotterien von Osnabrück und Hannover auf dem Etat in Anschlag gebrachten Positionen zu streichen, im Uebrigen aber einen Antrag anzunehmen, der die Aufhebung der in den alten Provinzen bestehenden Lotterien befürwortet. Zu Gunsten des Lauenburg'schen Antrages ziehe ich meinen dahin zielenden Antrag zurück.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich denke über die Lotterie heute noch gerade so wie im Jahre 1847. Die Frage über die Aufhebung derselben ist bereits häufig Gegenstand der Beratungen der Regierung gewesen und ist dieselbe entschlossen, mit der Beseitigung vorzugehen, sobald die Umstände es gestatten. Ein Anfang sollte hierin durch die Allerh. Verordnung vom 5. Juli d. J. in Hannover, Osnabrück und Braunschweig gemacht werden; die bedeutende Anzahl der dagegen gemachten Vorstellungen aber, unterstügt durch Vorstände der Städte, so wie das fast einstimmige Votum der hannoverschen Provinzialvertreter veranlaßt die spätere Wiederaufhebung der Verordnung. Was die Stadt Braunschweig a. M. betrifft, so war neben der Rücksicht für die durch Aufhebung der Lotterie in ihrem Unterhaltserwerb gefährdeten Familien noch die Erwägung maßgebend, daß bei den Verhandlungen über die Auseinandersetzung des staatlichen und städtischen Vermögens der Gedanke laut wurde, der Stadt als Entschädigung für manche Einbußen die Einnahmen aus der Lotterie zu überweisen. Ich selbst hoffe, daß es möglich sein wird, recht bald mit der vollständigen Beseitigung der Staatslotterie vorzugehen, halte aber den gegenwärtigen Augenblick nicht für dazu geeignet.

Abg. Lauenstein: Vom prinzipiellen Standpunkt wird sich in diesem Hause schwerlich ein Vertheidiger des öffentlichen Spieles finden, anders dagegen vom staatsfinanziellen Standpunkt. Es könnte ungerechtfertigt erscheinen, eine Summe von dem Einnahme-Etat zu streichen, ohne gleichzeitig die Mittel zur Deckung des Ausfalls zur Hand zu haben; ich glaube dagegen, daß man der Landesvertretung es ruhig überlassen kann, das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe herzustellen und daß der in Auffindung neuer Einnahmequellen so erfahrene Herr Finanzminister durch die Summe von 1,389,000 Thlr. nicht in Verlegenheit gebracht werden wird. Zudem werden die Einnahmen mit solcher Vorsicht veranschlagt, daß gegen die sich jährlich ergebenden Ueberschüsse der Ausfall der Lottereeinnahme verschwindet, endlich aber wiegt die Rücksicht auf die öffentliche Moral doch erheblich schwerer als der staatsfinanzielle Standpunkt, so daß, selbst wenn der Ausfall noch bedeutend größer wäre, unsere Pflicht es dennoch erforderte, eine so unreine Einnahmequelle zu verstopfen. Die preussische Monarchie hat mit den neuen Provinzen in den öffentlichen Spielbanken eine traurige Erbschaft angetreten, entziehen Sie denen, welche dieselben fortbestehen lassen wollen, durch Aufhebung der Lotterien den letzten dafür anfahrbaren Einwand, daß der Staat ja selbst Spielunternehmer sei. Nur durch eine Aufhebung aller öffentlichen Lotterien kann aber eine radikale Kurse eintreten, und so lange für den preussischen Staat noch in Berlin eine solche besteht, so kommen wir durch die Aufhebung der Provinzial-Lotterien in Hannover um keinen Schritt weiter. Der Abg. Dr. Beder wünscht die Einnahmen und Ausgaben der Lotterien im Etat auf Grund der Verordnung vom 5. Juli 1867 sofort zu streichen. Es würde sich dies formell kaum rechtfertigen lassen, denn die Verordnung ist zwar mit Gesetzeskraft erlassen und in der Gesefsammlung publiziert, wie wir aber durch den Vertreter der Regierung gehört haben, ist sie durch eine zweite Verordnung später wieder außer Kraft gesetzt worden; wenn diese letztere nun auch durch ein Versehen nicht in die Gesefsammlung aufgenommen ist, so bleibt die Frage doch zweifelhaft, und jedenfalls würde uns nichts entgegenstehen, durch Annahme der uns vorgelegten Etats die erste Verordnung auch formell richtig zu beseitigen. Da endlich die preussischen Loose doch nach Hannover dirigiert werden würden, so hat eine Streichung der Provinzial-Lotterien keine praktische Wirkung und würde nur Unzufriedenheit erregen, und ohne Zweck mehr als 400 Familien, die ihren Lebensunterhalt bisher daraus gewonnen, erwerbslos machen. Ich ersuche Sie daher, meinem Antrage beizustimmen, von der Streichung der Positionen aber Abstand zu nehmen.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich sehe mich veranlaßt, den Herrn Vordr. zu berichtigen, der von der irrigen Voraussetzung ausgeht, als seien die Ueberschüsse der Einnahmen so bedeutend, daß sie den durch Beseitigung der Lotterien entstehenden Ausfall decken könnten. Es ist dies weder für das Jahr 1867 noch 1868 zu erwarten, da gerade in den Einnahmequellen, die sonst Ueberschüsse brachten, eine Störung eintreten ist, und wenn mich die bisherigen Zusammenstellungen auch hoffen lassen, daß ein Defizit vermieden werde, so wird doch sicher ein nennenswerther Ueberschuss nicht erzielt. Ueberhaupt halte ich es nicht für empfehlenswerth, den Wegfall einer erheblichen Staatseinnahme im Voraus zu beschließen, ohne Rücksicht darauf, welche Ereignisse in der Zwischenzeit eintreten könnten. Die Diskussion wird die Regierung Veranlassung geben, den Gegenstand im Auge zu behalten, doch bitte ich Sie, von dem Beschlusse abzusehen, daß die vorliegenden Positionen nicht mehr im Etat erscheinen dürfen.

Abg. Ellissen: Ich bedauere, daß das Gutachten des hannoverschen Provinzial-Landtages der Regierung Veranlassung gegeben hat, von der Ausführung der Verordnung vom 5. Juli c. abzusehen. Wenn sie dabei geleitet wurde von der Humanität gegen einzelne Familien, so dürfte diese doch nur so weit gehen, als sie nicht mit der Humanität gegen die Gesamtbevölkerung kollidire. Letztere aber betrachtete die Aufhebung der Lotterie nicht als eine Zurücksetzung, sondern als eines Wohlthat und die Erfüllung einer lange gehegten Wunsch. Auch ich wünsche die Lotterie vollständig beseitigt, wenn ich aber die Wahl zwischen theilweiser und gar keiner Aufhebung habe, so bin ich für die erstere, in der Ueberzeugung, daß die Regierung darin eine Kompelle hat, die Sache nicht wieder aus der Hand zu lassen.

Abg. Großke (schwer verständlich): Ich stimme dem Abg. Lauenstein prinzipiell bei, glaube aber, daß für die öffentliche Moral doch noch ein großer Unterschied besteht zwischen der Lotterie und den öffentlichen Spielbanken, welche die hitzigen Leidenschaften des Spielers wachrufen. Eine Prämien-Anleihe ist auch ein öffentliches Spiel und doch weiß ich nicht, ob der Staat eine solche für immer wird entbehren können. Durch Beseitigung der öffentlichen Lotterie werden Sie eine Menge von Winkelspielen ins Leben rufen und dadurch das Gegentheil dessen erreichen, was Sie beabsichtigen; endlich bin ich gegen die Aufhebung, weil ich nach den Erklärungen des Herrn Finanzministers nicht einsehen kann, woher der dadurch entstehende Ausfall gedeckt werden soll. Praktische Erwägungen also sind es, nicht nur Opportunitäts-Rücksichten, die mich veranlassen, gegen die Aufhebung des öffentlichen Spieles überhaupt zu stimmen.

Abg. Grumbrecht: Praktische Erwägungen leiten auch denjenigen, der sich gegen das Gesetz einen Gewinn zu verschaffen sucht, diese können uns also nicht veranlassen, für das, was wir als unmoralisch erkannt haben, einzutreten. Von allen vorgebrachten Gründen ist der einzige, der sich hören läßt, der, daß der entstehende Ausfall in den Einnahmen nicht ohne einen Ersatz getragen werden könne; jedoch auch diesem Umstande trägt unser Antrag Rechnung, da er an die Regierung nicht die kategorische Forderung, sondern nur die erste Mahnung richtet, auf den künftigen Fortfall dieser Einnahmequelle Bedacht zu nehmen. Durch eine gute Verwaltung in den neuen Provinzen werden bald eine Menge neuer Einnahmequellen zu Tage treten, die alle Befürchtungen in dieser Richtung beseitigen. Auch ich bedaure lebhaft, daß die Verordnung vom 5. Juli nicht zur Ausführung gekommen ist, dennoch halte ich es jetzt, nachdem die Regierung denen, die die Aufrechterhaltung der hannoverschen Lotterie wünschen, bestimmte Zusicherungen gegeben hat, nicht für politisch klug, diesen Versprechungen unserserseits entgegenzutreten. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme des Lauenstein'schen Antrages und die Bewilligung der Mittel zur vorläufigen Aufrechterhaltung der Provinzial-Lotterien.

Abg. Dr. Virchow: Zur gelegentlichen Galtigkeit der bis zum 1. Oktober erlassenen Verordnungen bedurfte es der Publikation durch die Gesefsammlung. Die Verordnung vom 5. Juli besteht also noch heute zu Recht, nicht aber diejenige, durch welche die erstere wieder aufgehoben werden sollte. Wenn einer der Vordr. den Umstand, daß die zweite Verordnung nicht ordnungsmäßig publiziert worden ist, als ein Versehen entschuldigen und darüber hinweggehen will, so bitte ich doch, daß Sie sich auf diese Art der Argumentation nicht einlassen, sonst verlieren Sie den gesetzlichen Boden unter den Füßen. Die Aufrechterhaltung der strengen Form ist unser einziger Schutz, dessen wir bedürfen, um zu gesicherten Rechtszuständen zu gelangen, und überall, wo dieselbe fehlt, müssen wir uns selbst entgegenstellen. Der Herr Finanzminister hat selbst zugegeben, daß die Aufhebung der Verordnung vom 5. Juli nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche, daß diese mithin noch zu Recht besteht; durch den Etat wird uns also zugemutet, das, was uns unserer Zufriedenheit beseitigt ist, von Neuem wieder einzuführen; ich bitte Sie, die Positionen zu streichen, da ein Verbot von Ihnen weiß, wie schwer es ist, etwas gesetzlich Eingeführtes auf demselben Wege wieder zu beseitigen. Was die Lotterie der Stadt Braunschweig betrifft, so kommt dieselbe im Etat nicht vor, wir haben mithin auch keinen

Grund, sie in den Kreis unserer Erörterungen zu ziehen. Was die finanzielle Seite der Frage betrifft, so ist der Ausfall nicht so erheblich, daß seine Deckung Schwierigkeiten machen könnte, und dann müssen bei finanziellen Fragen dieser Art auch andere Gesichtspunkte maßgebend sein. Es ist auf den Unterschied zwischen dem Lotto und den öffentlichen Spielbanken hingewiesen worden. Die letzteren erregen freilich mehr die hitzigen Leidenschaften, das erstere aber wirkt chronisch und bringt es mit sich, daß die armen Leute ihren Sparpenny zum Kollektur tragen, die natürliche Hilfsquelle, auf die sie in der Noth zurückgreifen müssen; es ist statistisch nachgewiesen, daß je mehr das Spiel an einem Orte zunimmt, desto geringer die Einlagen in die Sparsparren werden. Die Rücksicht auf die Kollekture zum Nachtheil des Gemeinwohls ist übel angebracht. Redner empfiehlt zugleich den Lauenstein'schen Antrag und die Streichung der beiden hannoverschen Lotterien.

Abg. v. Vinde (Minden): Es ist unmöglich, die durch Verordnung aufgehobenen Lotterien durch die Hinterhält des Etats wieder einzuführen. In Braunschweig liegt die Sache anders, weil die zweite Verordnung, welche die erste beseitigte, durch die Gesefsammlung verdrängt und rechtskräftig ist. Unpolitisch kann es unmöglich sein, wenn der preussische Landtag 400 Kollektoren entgegentritt. Die früheren hannoverschen Stände haben wiederholt die Aufhebung der Lotterien beantragt und wenn der Provinziallandtag das Gegentheil wünscht, so wäre das in der That hyperkonservativ. Die Streichung der Lotterien würde freilich nur bewirken, daß die Hannoveraner ihren Patriotismus durch Ankauf preussischer Loose belegen würden (Heiterkeit). Die Nachfrage würde das Angebot übertreffen und die Armen mühten am Ende den Ausfall in den Finanzen durch eine neue Steuer decken. Redner empfiehlt den Antrag Lauenstein, aber nicht die Streichung im Etat.

Der Finanzminister bittet, auf die Wünsche des Provinziallandtags Rücksicht zu nehmen und einen Aufschub für die Aufhebung der hannoverschen Lotterien zu bewilligen.

Abg. Miquel: Die Stadt Braunschweig durch die Lotterie zu entschädigen, sei bedenklich, zumal man noch nicht wisse, ob ihre Lage ein solches Opfer verlange. So viel er wisse, sei für sie mehr als genug gegeben. Der Rechtszustand in Hannover sei durch die Schuld des Hauses ein zweifelhafter gewesen, doch habe sehr wohl eine Verordnung die andere aufheben können, wenn auch in abweichender Form. Die Aufhebung der hannoverschen Lotterien würde nur den preussischen Loose ein Agio zufügen; also sei es besser, sie überhaupt in der ganzen Monarchie aufzuheben, wofür der Antrag Lauenstein ein volles Jahr Zeit lasse.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Vereinbarungen mit Braunschweig können nur mit Zustimmung des Landtags getroffen werden und sie wird eingeholt.

Abg. Kugler (Braunschweig a. M.) bittet, das Urtheil über Braunschweig nicht eher zu fällen, als bis die Zahlen vorliegen, um die es sich handelt.

Die Positionen der Lotterie in Berlin werden genehmigt. Vor der Abstimmung über die in Hannover und Osnabrück bemerkt Abg. Laster, daß man nicht wegen 400 Familien das Uebersetzen der Lotterie fortbestehen lasse, so wenig man im Domänen-Etat auf die Vettern und Schwäger Rücksicht nahm, als es sich um die Verpachtung handelte.

Die Positionen, betreffend die Lotterien in Hannover und Osnabrück (Einnahmen 75,992 resp. 62,400 Thlr.) werden gestrichen. (Für v. A. Graf Bethusy, Ellissen; dagegen Twisten, v. Hennig und die meisten Hannoveraner.) Mit den Einnahmen fallen auch die Ausgaben dieser Lotterien weg (31,288, resp. 28,502 Thlr.), nachdem Abg. Grumbrecht vergeblich die Bewilligung für Osnabrück erbeten hat.

Von den oben mitgetheilten Anträgen kommt nur der des Abg. Lauenstein in zur Abstimmung und wird mit großer Majorität angenommen.

Der Etat der Seehandlung weist für 1868 700,000 Thlr. in der Einnahme nach (100,000 Thlr. mehr als im vorigen Jahre), während die fast unverändert gebliebenen Verwaltungskosten von 55,695 Thlr. aus den Fonds des Instituts bestritten werden.

Das Resultat der Verwaltung im Jahre 1866 ist mit Rücksicht auf den Krieg ein befriedigendes. Am 15. Juni waren 1/3 proz. Preussische Anleihe von 109 1/2 (Ende 1865) auf 77 1/2, Staatsschuldenscheine von 89 1/2 auf 65 gesunken, das Effektenkonto ergab einen Verlust von 52,572 Thlr. 22 1/2 Sgr., gegen einen Gewinn von 191,801 1/2 Thlr. im Jahre 1865. Dagegen betrug der Buchwerth der Besizungen der Seehandlung (Dienstgebäude in der Jägerstraße, die drei Diensthäuser des königl. Leibamtes in Berlin, die beiden Kladsgarn-Maschinen-Spinnereien zu Erdmannsdorf und Landshut und das Mühlenwerk zu Bromberg) Ende 1866 einschließlich der Betriebskapitalien: 4,127,569 Thlr. gegen 1865 mehr: 167,808 Thlr. Der Ueberschuss an Zinsen von den Aktivis betrug 701,365 Thlr. 39,462 Thlr. mehr als 1865, da sämtliche Fonds der Seehandlung bei dem dauernd hohen Stande des Zinsfußes und des Diskontos Verwendung fanden. Nach Abführung von 1/2 Million zum Staatshaushalt für 1866 blieb noch ein Netto-Gewinn von 302,331 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf.

Regierungskommissar Scheimerath Scheller leitet den Etat ein. Abg. Schmitt (Stettin) wünscht, daß ein gedruckter ausführlicher Bericht der Geschäfte der Seehandlung vorgelegt werde, wie Seitens der Bankverwaltung.

Finanzminister: Derselbe Verlangen stehe das für die Bankergeschäfte der Seehandlung nothwendig zu bewahrende Geheimniß entgegen.

Es folgt der Etat der Preussischen Bank mit einer Einnahme von 1,764,000 Thlr. und einem Reinertrag von 260,000 Thlr. Abg. Dr. Hamacher beantragt, die Regierung aufzufordern, in Zukunft einen Auszug aus dem Jahresberichte der Preussischen Bank dem Etat beizufügen.

Regierungskommissar v. Dechen d.: Der Antrag ist unnötig, da nachstehend eine Broschüre veröffentlicht wird, die die Grundlage der Bank, die Art ihrer Geschäfte und dergleichen genau darlegt. — Die Zahl der von der Bank errichteten Kommanditen und Anstalten beträgt gegenwärtig 144, wovon 137 auf die alten, 7 auf die neuen Landestheile kommen.

Abg. Twisten: Sind die Einnahmen der Bank nicht zu hoch veranschlagt? Abg. Dr. Löwe: hat die Regierung für den in einigen Jahren bevorstehenden Abfall der Konzeptionen der Preussischen Bank schon Vorkehrungen getroffen bezüglich eines neuen Banksystems, hoffentlich im Sinne vollständiger Bankfreiheit?

Der Finanzminister antwortet, soweit er verständlich ist, ausweichend, und Dr. Hamacher zieht seinen Antrag zurück.

Der Etat der Landesbank zu Wiesbaden, deren Verwaltungskosten (16,010 Thlr.) aus dem Fonds der Landesbank bestritten werden, wird wie der der Preussischen Bank genehmigt.

Der Etat der Münzverwaltung weist eine Einnahme von 265,560 Thlr. auf (193,627 Thlr. mehr), die Ausgaben sind ebenso groß, ein Ueberschuss ist nicht vorhanden. Es werden fortan drei Münzen arbeiten: in Berlin, Hannover und Braunschweig a. M. Abg. Dr. Ahle mann: Durch die mangelhafte Werthbestimmung der deutschen Münze in den Herzogthümern entstehen große Mißstände für den Privatverkehr.

Reg.-Kommissar Meindt: Das Werthverhältniß des preussischen Thalers zum dänischen ist nach dem allgemein im Verkehr angenommenen und gebräuchlichen Verhältniß bestimmt worden. Die dänische Regierung selbst hat das Verhältniß von 4 dänischen Thalern zu 3 preussischen als das richtige anerkannt. Der größere Silberwerth allein ist nicht maßgebend, sondern auch der Werth, der einer Münze beigelegt wird.

Abg. Schmitt (Stettin) fragt an, ob man die Münzprägung in Berlin centralisiren wolle, oder die Absicht bestehe, die Münzen in Hannover und Braunschweig auch in Zukunft befehlen zu lassen.

Reg.-Kommissar Meindt erwidert, daß mit Rücksicht auf die durch die Erweiterung des Staates nöthig gemachte vermehrte Prägung vorläufig jene Münzen allerdings bestehen bleiben müßten. Auch würden dieselben so bald nicht zu entbehren sein, da bei der voraussichtlich in nicht langer Zeit eintretenden allgemeinen Münzreform auf die Möglichkeit einer recht raschen Umprägung Bedacht genommen werden müßte.

Die Beratung wird unterbrochen, da das Wort sich erbeten hat:

Handelsminister Graf Henning: Ich habe dem Hause zwei Gesefentwürfe zu überreichen, die sich auf den Bau von 2 Eisenbahnen beziehen; es sind dies die zwei ersten, aber nicht die letzten. (Heiterkeit). — Die eine betrifft die Bahn von Götting nach Lüneburg. Für diese Bahn war früher schon eine Zinsgarantie vom Staate übernommen worden; es war dabei aber ein fester Kurs von 90 Prozent vorausgesetzt worden, den die Gesellschaft aber nicht erreichen konnte. Da die Gesellschaft deshalb nicht bauen konnte oder wollte, der Bau der Bahn im Interesse der betreffenden Landestheile aber sehr wünschenswerth ist, mußte auf andere Mittel gesonnen werden, um die Kursdifferenz zu decken. Die Rorbursche Regierung hat sich nun bereit erklärt, die Summe von 230,000 Thlr. zu übernehmen, und die Witte an Preußen gerichtet, eine gleiche Summe zu übernehmen: für den Rest werden die betreffenden Städte aufkommen. Ich bitte nun um die Bewilligung des Hauses, diese Summe aus den Mitteln, die vorhanden sind in dem Ueberschusse des ehemaligen Eisenbahn-Fonds, zu entnehmen. — Für diese höchst einfache Sache

beantrage ich Schlußberatung. Die andere Vorlage betrifft den Bau einer Bahn von Trier nach Call. — Auch für diese Bahn hat der Staat früher schon die Zinsgarantie auf Höhe einer bestimmten Summe übernommen; da sich die Kosten jedoch, in Folge einer höheren Grundmündigkeit, größer herausgestellt haben, will die Gesellschaft den Bau nicht eher in Angriff nehmen, als bis auch für dies Plus die Zinsgarantie übernommen wird. — Da auch der Bau dieser Bahn sehr wichtig ist, bitte ich Sie, das Gesetz zu genehmigen und dasselbe zur Prüfung den vereinigten Kommissionen für Hannover und für Finanzen zu überreichen.

Vizepräsident v. Köller schlägt vor, auf den Vorschlag des Ministers einzugehen und das erste Gesetz zur Schlußberatung zu stellen.

Abg. Dr. Hamacher beantragt, auch dies Gesetz den vereinigten Kommissionen für Handel und Finanzen zu überweisen und wird durch die Abgg. v. Unruh und Krieger unterstügt. — Die Abgg. Heise und Graf Wisingerode bleiben bei dem Antrage auf Schlußberatung stehen, um so schnell als möglich fertig zu werden, während der Handelsminister auch gegen die Ueberweisung an eine Kommission nichts einzuwenden hat. — Die Majorität entscheidet sich für die Ueberweisung an die genannten Kommissionen für beide Gesetze.

Es wird in der Beratung des Münzgesetzes fortgefahren und derselbe unverändert genehmigt, nachdem sich die Regierung auf den Wunsch des Abg. Dunder bereit erklärt hat, den Bauplan für das neue Münzgebäude zur Prüfung vorzulegen.

Es ist unter 3 1/2 Uhr geworden; im Hause wird es finster, der Ruf nach Vertagung wird laut. — Da übernimmt Präsident v. Bordenstedt schnell wieder den Vorsitz und bittet die Mitglieder, da doch in aller Interesse die baldige Beendigung der Etatsberatung liegen müsse, wenigstens bis 4 Uhr auszuharren; er spricht sich dafür aus, die Sitzungen nie über 4 Uhr auszudehnen. — Das Haus beruhigt sich dabei und fährt in der Beratung fort. — Die Journalistentrübne erhält jetzt Licht, ebenso die Stenographen des Hauses; der Saal bleibt finster und wird immer finsterer.

Der Etat der Staatsdruckerei wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der Porzellan-Manufaktur. Das Ordinarium wird ohne Debatte bewilligt. Als Ausgabe-Extraordinarium sind 100,000 Thlr. ausgesetzt als erste Rate für Verlegung der Porzellan-Manufaktur nach Charlottenburg.

Der Abg. v. Hennig hat die Anträge gestellt: 1) diese 100,000 Thlr. abzusetzen; 2) die Staatsregierung zu ersuchen, die baldige Aufhebung der Porzellan-Manufaktur zu veranlassen.

(Es werden nun auch die Kronleuchter im Saale angezündet, was jedoch stets sehr lange Zeit in Anspruch nimmt, so daß die Anzündung aller Kränzen erst kurz vor Schluß der Sitzung beendet ist. Ein großer Theil der Abgeordneten verwendet meistens seine Hauptaufmerksamkeit auf das Beobachten dieser für den betreffenden Diener sehr schwierigen und anstrengenden Operation. Mit Ausruhen der Freude wird es meist begrüßt, wenn ein Arm der Gastrolle nach langem Strauben schließlich doch noch Feuer fängt.)

Abg. v. Hennig motivirt seine Anträge. Der Staat habe gar kein Interesse daran, die Porzellan-Manufaktur noch länger zu erhalten. Der Staat sei nicht dazu da, Gewerbe zu treiben, am allerwenigsten aber solche, bei denen er noch zugeben müsse. Die Porzellan-Manufaktur bringe nicht einmal die Zinsen für das Grundstück, geschweige denn Ueberschuss. Außerdem aber er fülle sie auch in künstlerischer Beziehung ihren Zweck nicht, der doch der sein solle, der Privat-Industrie als Vorbild zu dienen. Sie werde in ihren Erzeugnissen, was künstlerischen Werth und relative Billigkeit anbetrifft, von der Privat-Industrie übertroffen. Man möge das Institut eingehen lassen; wenn man dies aber wolle, dürfe man auch nicht erst noch große Summen für die Verlegung bewilligen.

Der Regierungs-Kommissar tritt diesen Ausführungen entgegen und bittet um Ablehnung der hennig'schen Anträge. Das Institut sei nicht im Interesse des Erwerbes, sondern des Unterrichts da, und bezwecke die Fortbildung der Kunst. Er glaube, daß sie diesen Zweck erfülle. Die Verlegung der Porzellan-Manufaktur sei aber durchaus nötig; denn der Betrieb eines solchen Fabrik-Etablissements sei eine Belästigung und Beeinträchtigung der Umgebung, zumal in einer so belebten Gegend, wie die sei, in der sie jetzt liege.

Abg. Glaser bekämpft die Anträge des Abg. v. Hennig, indem er behauptet, daß die Porzellan-Manufaktur viele Vortheile, aber durchaus keine Nachteile bringe.

Abg. Dr. Engel erklärt die Anträge des Abg. v. Hennig für begründet und weist durch ein weitläufiges Reden-Exempel, dem das Haus jedoch wenig Aufmerksamkeit schenkt, nach, daß sich das Anlagelocal nicht verzinsse. Außerdem befänden für andere Gewerbe gleichfalls keine solche Institute; es sei gar kein Grund vorhanden, gerade für die Porzellan-Fabrikation aus der Staatskasse zuzugreifen.

Finanzminister v. d. Heydt bittet um Bewilligung der Verlegungskosten. Die jetzigen Lokalitäten hätten, wenn sie geräumt würden, mindestens denselben, womöglich noch größeren Werth wie früher. Er hält es auch für gerathen, ein so altes, von Friedrich d. Gr. gegründetes Institut nicht ohne Weiteres bei Seite zu werfen. Man dürfe dasselbe nicht von bloß kaufmännischem Standpunkte betrachten.

Der Schluß wird angenommen; es wird über den ersten Theil des hennig'schen Antrages, Abhebung der 100,000 Thaler, abgestimmt. Dafür die linke Seite des Hauses und ein Theil des Centrums, dagegen die rechte Seite und ein Theil des Centrums. Da das Resultat zweifelhaft ist, wird geahelt. Es ergibt sich, daß der Antrag Hennig auf Streichung der 100,000 Thaler mit 162 gegen 141 Stimmen angenommen ist.

Der zweite Theil des Antrages, betreffend die Aufhebung der Porzellan-Manufaktur wird gleichfalls angenommen.

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Rest der heutigen Tagesordnung (Fortsetzung der Budgetberatung); 2) Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission in Betreff der Eidesweigerung der Abgg. Ahlmann und Krüger; 3) Kalenderstempelgesetz; 4) Wahlprüfungen.

12. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 7. Dez. Eröffnung 10 1/2 Uhr. Am Ministertisch Hr. v. d. Heydt, Graf Eulenburg und zahlreiche Kommissare.

Die Vorberatung des Staatshaushalts-Etats wendet sich dem Etat der Häuser des Landtags zu. Der Etat des Herrenhauses (40,210 Thlr.) wird genehmigt, nur wünscht Abg. v. Vinde (Minden), daß, wie das auch bei dem Etat des Abgeordnetenhauses geschehen sei, auch das Gehalt der Boten und Kulliers des Herrenhauses im nächsten Etat erhöht werde.

Zu dem Etat des Abgeordnetenhauses (251,920 Thlr., 51,920 Thlr. mehr als im v. J.) bemerkt Abg. Dr. Beder, daß die erheblichen Veränderungen, die er zeige, auf der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten und den Vorschlägen des Präsidiums beruhe. Besonders muß ich auf die üble Lage aufmerksam machen, in welche die Berichterstatter der Presse durch den Umbau des Saales gerathen sind. Die Journalistenloge ist an derselben Stelle geblieben, während Präsidium und Rednertribüne um eine Strecke verlegt sind. So klein dieselbe auch ist, ist das doch den Journalisten bemerklich geworden und man vermag nur sehr unvollkommen den Verhandlungen von dort zu folgen. Hoffentlich wird die Regierung diesen Uebelstand verbessern, da dieser Saal auch als Sitzungsaal für das Zollparlament benutzt werden wird.

Abg. Graf Schwerin: Ich vermiße nur einen Vorschlag, wie es besser zu machen. Die einzige Möglichkeit wäre noch die Verlegung der Journalisten-Tribüne an die Stelle der Herrenhausloge.

Abg. Dr. Beder: Bedenken muß man die Journalistentrübne etwas niedriger legen, mit dem Vorschlag des Vordr. sei er auch einverstanden.

Abg. Heise: Auch die Herrenhausloge muß gut gelegen sein. Eine schlechte Lage der Herrenhausloge wäre noch viel bedauerlicher als schlechte Plätze für die Journalisten (Widerspruch und Gelächter).

Abg. v. Hennig: Die Herrenhausloge, die fast noch einmal so groß sei, als die im Herrenhause den Abgeordneten eingeräumte, sei nie vollständig besetzt und ihre Verlegung nach der Tribüne A. würde sich daher empfehlen.

Abg. Graf Schwerin: Es sei ein großer Unterschied zwischen dem Anhören und Nachschreiben der Verhandlungen; dem Herrenhause würde durch die Verlegung kein Unrecht geschehen.

Abg. v. Vinde (Minden): Auf die Kleinheit unserer Loge im Herrenhause kommt es hier nicht an; daraus würde nur folgen, daß das Herrenhaus mehr von uns lernen kann, als wir von ihm (Heiterkeit).

Abg. v. Wittke (Sollande): Bei einiger Unruhe im Hause ist es selbst im Saale nahe an der Tribüne unmöglich, die Redner zu verstehen. Ruhe im Hause wäre auch für die Journalisten wichtig.

Ein Antrag liegt nicht vor, der Etat wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Staatsministeriums (Bureau: 83,700 Thlr., darunter 31,000 Thlr. Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke, im Ganzen (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

den 4950 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Staatsarchive: 34,025 Thlr.; General-Ordenscommission: 115,900 Thlr.; 1300 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Geheimen Civil-Rabinet: 23,700 Thlr.; 3100 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Ober-Rechnungskammer: 131,440 Thlr.; 2200 Thlr. mehr als im vorigen Jahr; Ober-Examinations-Kommission: 970 Thlr.; Disciplinarhof: 1240 Thlr.; Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte: 2400 Thlr. Im Ganzen 393,375 Thlr.

Zu dem Etat der Staatsarchive beantragt Dr. Karsten: die Regierung aufzufordern, die dänische Regierung zur schleunigen Erfüllung der von derselben im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 Art. XX. übernommenen Verpflichtung zur Auslieferung der schleswig-holsteinischen Landesarchive zu veranlassen, sowie demnach auf die Einrichtung des schleswig-holsteinischen Landesarchivs in den Herzogthümern Bedacht zu nehmen.

Abg. Kantat: Was wird denn nun endlich aus dem Provinzial-Archiv für das Großherzogthum Posen?

Regierungskommissar Geh. Rath Dunder: Die Beschlussfassung über diese Frage steht in nächster Zeit bevor, und wird die Würdigung dieser Sache eine ganz unbefangene sein, da die deutsche Bevölkerung der Provinz dabei eben so interessiert ist, als die polnische.

Abg. Grumbrecht: Unter den 15 im Etat angelegten Archivstellen befinden sich allein drei für die Provinz Hannover. In Hannover sind früher diese Stellen oft nur besetzt worden, um Personen zu befehlen, die zu ganz anderen Zwecken verwendet wurden, wie der Staatsrath Zimmermann und Dr. D. Kloppe, die beide honorirt wurden für Dienste, die wahrscheinlich den Archiv keinen Nutzen gewährt haben. Steht Herr Dunder noch auf diesem Etat und sollen die drei Archivstellen für Hannover künftig beibehalten werden?

Regierungskommissar Dunder: Die Archive in den neuen Landestheilen erfordern allerdings mehr Ausgaben als in den alten, 1867: 12,860 resp. 21,875 Thlr. Insofern sind die Archive für die alten sehr niedrig, und außerdem konnte man doch die Beamten der neuen nicht ohne Weiteres fortlassen. Für 1868 sind für die alten Provinzen 22,000 Thlr., für die neuen 12,000 Thlr. angelegt. Die vom Vorredner genannten Personen sind nicht mehr Beamte des Staats. Die Kosten der Archive Hannovers können vielleicht durch Vereinigung der Archive zu Osnabrück, Hildesheim, Aurich und Stade mit dem zu Hannover verringert werden, eine bedeutende Verminderung ist insofern nicht zu erwarten, da die vielen Arbeiten notwendig wenigstens drei fest angestellte Beamte verlangen.

Abg. Karsten: Der Art. 20 des Wiener Friedensvertrages bestimmt, daß von Dänemark alle diejenigen Altentstücke, die sich auf die laufenden Geschäfte beziehen, sowie diejenigen Archivalien, die aus Schleswig-Holstein allmählich in das Kopenhagener Geheimarchiv von den Dänen verlegt worden sind, wieder ausgeliefert werden. Ueber diejenigen Altentstücke, die für beide Theile, für Dänemark und für Schleswig-Holstein, von Interesse sind, sollen gütliche Verhandlungen stattfinden. Bis jetzt sind nur die auf die laufenden Geschäfte bezüglichen Altentstücke herausgegeben worden. Es ist zu fürchten, daß die dänische Regierung ebenso zu verfahren beabsichtigt, wie mit den Dokumenten für die norwegische Geschichte. Trotzdem Dänemark seit 1814 dieselbe Verpflichtung gegen Norwegen übernommen, hat es bis heute nicht ein einziges wichtiges Altentstück herausgegeben. Sollte Dänemark gegen uns dieselbe Fähigkeit entwickeln, die wir kennen, ja lieben, so werden wir zu Repressalien greifen.

Regierungskommissar Dunder bemerkt, daß dieser Antrag die Kompetenz der Archivverwaltung überschreitet und dem auswärtigen Ministerium übergeben werden müsse.

Abg. Windthorst spricht für reichere Dotirung und gegen die Vereinigung der hannoverschen Archive.

Abg. Miquel: Die Veröffentlichung der Schätze der Archive sei nur möglich, wenn die Archive sich weniger mit der äußeren Instandhaltung des Archives als mit der historischen Ausbeutung desselben zu beschäftigen hätten. Deshalb sei eine Vermehrung des Personals, sowie Erhöhung der Gehälter derselben nur zu begründen. Ein Normalgehalt von 1000 Thalern für einen Archivar reiche nicht aus.

Der Finanzminister verspricht alle in dieser Hinsicht geäußerten Wünsche zur Kenntnis des Ministerpräsidenten zu bringen.

Abg. v. Hennig: Eine Verminderung des Personals sei unthunlich, da auch der Norddeutsche Bund der Ordnung der Archive und den archivariischen Veröffentlichungen seine Aufmerksamkeit zuwenden.

Regierungskommissar Dunder: Die Regierung wird auf jede derartige Anregung achten, mag sie von diesem hohen Hause oder vom Reichstage ausgehen. Die Vereinigung der verschiedenen hannoverschen Archive wird deshalb ins Auge gefaßt, weil dieselben vereinzelt nicht in genügender Sicherheit sind.

Abg. Miquel: Mit sehr mäßigen Numerationen würde man leicht Männer, die sich für die Geschichte interessieren, für die Verwaltung der Archive an Ort und Stelle finden.

Der Antrag Karsten wird mit allen gegen die Stimmen der beiden dänischen Abgeordneten angenommen.

Zu dem Etat der General-Ordenskommission nimmt das Wort der Abg. Lauenstein: Für Ordensinsignien sind 12,000 Thlr. mehr angelegt als 1867, ohne daß die Vertheilung von Ordensinsignien vermehrt werden soll. Es wurden 1864—66 58,636, 37,429 und 77,689 Thlr. für diesen Zweck verausgabt, trotzdem waren in dem letzten Etat nur 12,000 Thlr. ausgelegt; wenn die Position jetzt auf 24,000 Thlr. erhöht wird in der Absicht, diese Summe nicht zu überschreiten, so würde damit eine erhebliche Beschränkung der Ordensverleihungen eintreten müssen.

Regierungskommissar Geh. Rath Wagnier: Was die etwaige Beschränkung der Ordensverleihungen betrifft, so wird diese Frage nicht von dieser Stelle aus entschieden. Die Jahre 1864—66 können hierbei allerdings nicht maßgebend sein. Da zwei Kriege die Thätigkeit der Kommission mehr als sonst in Anspruch nahmen und jede Landesvertretung kann sich Glück wünschen, wenn sich Veranlassung bietet, Ehrenzeichen in so großer Zahl zu vertheilen. Ich hoffe, daß die notwendige Vermehrung des Personals um so weniger auf Widerstand stoßen wird, als die höheren Beamten der Kommission ihr Amt unentgeltlich versehen und man ihnen daher wenigstens alle untergeordneten Bureauarbeiten abnehmen muß.

Abg. Dr. Wichow: Ich finde es natürlich, wenn man für die damalige Zeit Hilfskräfte heranzieht; warum man aber auch noch für die Zukunft, für welche doch eher eine Verminderung als Vermehrung der Geschäfte zu erwarten steht, drei neue Stellen nötig zu haben glaubt, verstehe ich um so weniger, als doch wohl eine Saturation des Ordensbedürfnisses für das nächste Decennium eingetreten sein wird. (Heiterkeit.)

Regierungskommissar Wagnier: Die Thätigkeit der Kommission im vorigen Jahre zugefallen, ist keine einmalige, sondern eine dauernde; für die im vorigen Jahre vertheilten Denkmünzen sind 560,000 Certifikate auszufertigen. Ob durch eine Saturation des Ordensbedürfnisses die Geschäfte sich künftig vermindern werden, wage ich kaum zu behaupten. Ziehen Sie noch die Erweiterung des Geschäftsumfanges in Erwägung, die durch die Vergrößerung des Staatsgebiets herbeigeführt wird, so werden Sie die Forderung nicht unbillig finden.

Die Befolgung für die drei neuen Stellen wird hierauf bewilligt. Bei dem Etat für das geh. Civilcabinett wird auf den Antrag des Abg. Wesse die Bewilligung der Befolgung für einen geheimen Kabinetstath ausgelegt. Zur Motivirung zweier neuer Registraturstellen, à 1290 Thlr., bemerkt der Abg. Lauenstein, daß die Gnadengesuche an den König so zugenommen hätten, daß man das Civilcabinett fast als eine Gnadenkanzlei bezeichnen könne.

Der Finanzminister: Mit der Vergrößerung des Staatsgebiets hat der Umfang der Geschäfte des Civilcabinets nicht bloß durch die Vermehrung der Gnadengesuche, sondern auch der Petitionen an den König, namentlich aus den neuen Provinzen, so erweitert, daß die Kreitung der beiden Registraturstellen vollkommen gerechtfertigt wird.

Das Haus spricht die Genehmigung aus und nimmt die Etats der Ober-Rechnungskammer, der Ober-Examinationskommission und des Disciplinarhofes ohne Debatte an.

Zu dem Etat des Debits der Gesellsamlung beantragt Abg. Reispurger, daß das Bundesgesetzblatt dem preuß. Gesetzblatt als unentgeltliche Beilage beigelegt werde. Das letztere, als die offizielle Quelle alles dessen, was in Preußen Gesetz sei, müsse auch die Gesetze enthalten, die für den Bund gelten. Da man den Beamten die Zwangspflicht zum Abonnement auferlege, müsse man denselben auch die Gesetze in ihrer Vollständigkeit geben, zumal in den neuen Provinzen das Zwangsabonnement nicht eingeführt werde.

Der Minister des Innern wird den Antrag berücksichtigt, das Haus tritt ihm bei und genehmigt diesen Etat sowie den der Verwaltung des Adreßbuchs ohne Debatte.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Erklärung der Abgg. Krüger und Ahlmann wegen Ableistung des Eides auf

die Verfassung unter Verwahrung der Rechte Nordschleswigs auf Abstimmung in Gemäßheit Art. V. des Prager Friedensvertrages.

Der Antrag der Kommission geht bekanntlich dahin:

Das Haus wolle beschließen: 1) die von den Abgg. Krüger und Ahlmann eingelegte Verwahrung bei Ableistung des Eides auf die Verfassung für unstatthaft zu erklären; 2) sie zur bedingungslosen Ableistung des vorchriftsmäßigen Eides auf die Verfassung durch das Präsidium vor die Schranken des Hauses laden zu lassen; 3) im Falle ihres nicht entschuldigenden Ausbleibens oder Verweigerung der unbedingten Eidesleistung sie nicht für legitimirt zu erachten, einen Sitz im Hause einzunehmen, und die Regierung aufzufordern, eine Neuwahl im 1. und 2. schleswig-holsteinischen Wahlbezirk zu veranlassen.

Referent Abg. Wagnier (Frankfurt): Die beiden Abgeordneten, deren Wahlen an sich zu keinem Bedenken Veranlassung gegeben, haben in der Kommission ihren Vorbehalt aufrecht erhalten. Ihre Motivirung beruhte auf der irrigen Voraussetzung, daß sie thatsächlich noch nicht definitiv in den preussischen Staatsverband aufgenommen seien, und sie beriefen sich hierbei auf den Prager Frieden. Die Ansicht der Majorität der Kommission ging dahin, daß die Nordschleswiger überhaupt gar nicht berechtigt seien, aus einem Vertrage Rechte in Anspruch zu nehmen, bei welchem sie selbst nicht als Kontrahenten theilhaftig seien; aber selbst wenn ihre Auffassung berechtigt wäre, so lasse der Prager Frieden die Grenzlinie ganz unbestimmt, so daß man nicht wisse, welchen Theilen ein solches Recht zugesprochen werden könne. Eine solche Verwahrung sei mithin unzulässig, da nur die Eigenschaft als preussischer Staatsbürger das Recht gebe, in das Haus gewählt zu werden. Ein Präcedenzfall liege aus dem Jahre 1850 vor, wo Abgeordnete aus der Provinz Posen sich weigerten den Eid zu leisten, und ihr Mandat deshalb niederlegten; dann wiedergewählt wollten sie ebenfalls nur mit Vorbehalt schwören, wurden aber vom Präsidenten auf die Unzulässigkeit eines solchen Verfahrens hingewiesen. — Die Majorität glaube ferner den Eid als einen integrierenden Bestandteil der vom Hause zu prüfenden Legitimation betrachten und dem letzteren daher das Recht zuerkennen zu müssen, nicht genügend legitimirte Mitglieder durch eine Neuwahl ersetzen zu lassen.

Abg. Krüger (Hadersleben) verliest seine Rede: Die vorliegende Schwierigkeit ist nicht durch uns, sondern durch den Vertrag geschaffen worden. Erst nach der Volksabstimmung gehören die alsdann preussisch bleibenden Landestheile rechtsverbindlich zu Preußen, und wir glauben uns deshalb dagegen verwahren zu müssen, daß wir durch Ableistung unseres Eides dieses Recht unserer Landsleute aufgeben.

Abg. Ellissen: Der Präcedenzfall von 1850 trifft hier nicht zu, da Posen seit vielen Jahren bereits ein integrierender Theil des preussischen Staates ist. Die Nordschleswiger glauben in dem Prager Frieden eine völkerrechtliche Garantie dafür zu haben, daß ihnen die Entscheidung über ihre Staatsangehörigkeit selbst überlassen bleiben soll; wenn sich das Abgeordnetenhaus aus nicht in der Lage befindet, diese Ansicht zu vertreten, und das Verfahren der beiden Abgeordneten anzuerkennen, so muß ich doch, wenn ich mich auf einen objektiven Standpunkt stelle, ihr Verhalten als korrekt und patriotisch anerkennen.

Abg. Meyer (Zondern) (vom Plaze): Auf im Hause: Tribune! Tribune! Nehmer geht jetzt auf die Tribune, ist aber in Folge dessen auf der Journalisten-Tribüne schwer verständlich: Als Vertreter eines der nördlichsten Distrikte von Schleswig protestire ich gegen die vom Abg. Krüger ausgesprochene Behauptung, daß es der Wunsch Nordschleswigs im Allgemeinen wäre, wieder mit Dänemark vereinigt zu werden (Beifall). In dem Distrikte, in dem ich gewählt bin, haben selbst einzelne Dänen nicht für den dänischen, sondern für den deutschen Kandidaten gestimmt. In der Stadt Hadersleben, der nördlichsten Stadt Schleswigs, sind unter 33 Wahlmännern 20 Deutsche und 13 Dänen gewesen; ebenso ist das Verhältnis in vielen anderen Städten; wenn man auch wohl hin und wieder dänische Sympathien trifft, so ist doch entschieden die Majorität der Einwohner von Nordschleswig deutsch gesinnt. (Beifall.)

Abg. Zwesten (vom Plaze): Ich verneine keineswegs die Schwierigkeiten, die für die Abgeordneten Ahlmann und Krüger aus dem Verhältnisse entspringen, daß sie zur Zeit zwar Unterthanen des preussischen Staates sind, aber die Hoffnung hegen, aus diesem Verhältnisse bald wieder befreit zu werden und in einen anderen Staatsverband überzugehen. Wir können es aber nicht dulden; m. H., daß aus dieser Hoffnung einiger gegenwärtiger Mitbürger von uns falsche Schlüsse gezogen werden.

Der Abg. Krüger hat die Sache so dargestellt, als ob der dänische Theil der nordschleswigschen Bevölkerung ein vertragmäßiges Recht habe, wieder auszutreten. Das ist nicht richtig. Der Prager Frieden ist nur geschlossen worden zwischen Dänemark und Preußen; Niemand anders hat aus dem Vertrage ein Recht erworben, als Dänemark: dieser Staat allein hat das Recht, auf der Ausführung des Prager Friedens zu bestehen. Nach dem Prager Frieden nun soll die Abtretung eines Theils von Nordschleswig erfolgen, falls die überwiegende Mehrheit der betreffenden Bevölkerung es wünscht; die näheren Modalitäten darüber sind aber nicht festgelegt; auch Dänemark hat kein Recht dazu, die Ausführung zu verlangen. Die Abtretung kann auch nicht durch einen bloßen Akt der preussischen Staatsregierung erfolgen, sondern es müssen Verhandlungen mit Dänemark vorhergehen, um die Bedingungen der Abtretung festzustellen. Es handelt sich dabei nicht bloß um die Feststellung der Grenzen, sondern es sind dabei gleichzeitig festzustellen die Rechte und Pflichten der Einwohner derjenigen Distrikte, die zurückgegeben werden sollen. Preußen hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Angehörigen der deutschen Nation sicher gestellt werden gegen jede Verdrängung. Sollten Dänemark und Preußen sich nicht darüber einigen können, so hat nur Dänemark das Recht, darüber gehört zu werden, ob es trotzdem auf der Ausführung des Vertrags beharrt oder in irgend eine andere Feststellung willigen will. — Das ist aber kein Akt, der augenblicklich nach Abschluß des Friedens erfolgen konnte. — Durch den Friedensschluß sind aber unzweifelhaft und augenblicklich sämtliche Einwohner von Schleswig-Holstein preussische Staatsangehörige geworden, und werden es so lange bleiben, bis sie definitiv abgetreten sind. Bis zu diesem Augenblicke haben sie unzweifelhaft sich den preussischen Gesetzen in jeder Beziehung zu unterwerfen. Ich verneine nicht, daß dies eine schwierige Sache ist und eine Gewissensfrage werden kann für die Männer, welche wünschen, einem anderen Staate anzugehören, wenn sie durch die heilige Handlung des Eides sich an den preussischen Staat binden sollen, von dem sie wünschen, gelöst zu werden. Das ist aber ihre Sache, ob sie sich fügen wollen; wir müssen daran festhalten, daß sie zur Zeit Angehörige unseres Staates und den Gesetzen desselben unterworfen sind, diesen Gesetzen müssen sie sich fügen, vor allen Dingen in diesem Hause. Sie können auf keinen Fall Theil nehmen an dem Akte der Gesetzgebung, an dieser wichtigsten Staats-handlung, wenn sie nicht für diese Zeit ohne Vorbehalt und ohne Bedingung sich als Mitglieder des Staats betrachten und allen daraus entstehenden Pflichten sich fügen. Verweigern sie also, den verfassungsmäßigen Eid ohne jeden Vorbehalt zu leisten, so schließen sie sich selbst aus diesem Hause aus. (Beifall.)

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. v. Dieß (zur Geschäftsordnung): Daß das Haus sehr nachsichtig gegen diese Herren ist, müssen sie schon daraus erkennen, daß der Herr Präsident die zu billigen Nachsicht gehabt hat, den Abg. Krüger eine so lange Auseinandersetzung vorlesen zu lassen. (Unruhe links.)

Präsident v. Forckenbeck: Nach der Geschäftsordnung hat jedes Mitglied, das der deutschen Sprache nicht völlig mächtig ist, das Recht seine Rede zu lesen; wenn ich dies gestatte, war es also keine spezielle Nachsicht, sondern die strikte Beobachtung der Geschäftsordnung. (Beifall links.)

Abg. v. Dieß: Ich habe vom Abgeordneten Krüger den Eindruck empfunden, als ob er der deutschen Sprache vollkommen mächtig wäre. (Unruhe links.)

Der Antrag der Geschäftsordnungskommission wird mit allen Stimmen gegen die der Abgg. Krüger, Ahlmann und Ellissen angenommen. — Der Präsident erklärt, daß er die Abgg. Krüger und Ahlmann nunmehr auf Montag zur Eidesleistung ausdrücklich vorladen werde.

Es folgt der dritte Gegenstand der Tagesordnung: Mündlicher Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf, betr. die Stempelsteuer für Kalender.

Die §§. 1 und 2 der Vorlage lauten:

§. 1. Die Stempelsteuer von den für das Jahr 1869 und für die folgenden Jahre erscheinenden ausländischen Kalendern ist nach den für inländische Kalender vorgeschriebenen Steuerfüßen zu entrichten. §. 2. Im Geltungsbereich des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 ist die Stempelsteuer von Kalendern fortan ohne Unterschied zwischen Lugs- und Volkskalendern nur nach den für Volkskalender bestimmten Steuerfüßen zu erlegen.

Die Kommission hat das Gesetz aber folgendermaßen amendirt:

§. 1. Die Stempelsteuer von den für das Jahr 1869 und die folgenden Jahre erscheinenden Kalendern ist ohne Unterschied zwischen inländischen und ausländischen und zwischen Volks- und Lugskalendern nach folgenden Steuerfüßen zu entrichten:

für Kalender in Quart, Oktav und Duodez, ingleichen Schreibkalender der für Kalender in kleineren Formaten, wie auch Tafelkalender. 2 Sgr. §. 2 fällt fort.

Vom Abg. Dr. Engel wird im Laufe der Debatte das Amendement gestellt: „den §. 1 des Gesetzentwurfs dahin zu fassen: Die Stempelsteuer, einschließlich der Verlegergebühr für die Kalender-Materialien, beträgt von den für das Jahr 1869 und die folgenden Jahre erscheinenden Kalendern, ohne Unterschied der Ausstattung, des Umfangs, des Formats und des Herstellungsverfahrens, Einen Silbergroschen pro Stück.“

Hierzu stellte Abg. v. Benda das Sousamendement: Zu diesem Amendement die Worte: „einschließlich der Verlegergebühr für die Kalender-Materialien“ zu streichen.

Mit Beginn der Debatte über dies Gesetz verläßt fast die ganze rechte Seite des Hauses den Saal; die Zurückbleibenden aber sind so unruhig, daß es unmöglich ist, auf der Journalistentribüne selbst die sonst laut und deutlich sprechenden Redner genau zu verstehen.

Ref. Abg. Dunder: Bis zum Jahre 1822 war die Fabrikation von Kalendern ein Monopol des Staats. Mit Aufhebung des Monopols wurde durch das Gesetz vom 7. März 1822 als Ersatz für das Monopol eine Stempelsteuer eingeführt, die für inländische Volkskalender in Quartformat 3 Sgr., in Oktav 2, in kleinerem Format 1 Sgr., für inländische Lugskalender 5 Sgr.; für auswärtige Kalender jedoch das Doppelte dieser Sätze bestimmte. Durch tgl. Verordnung vom 5. Juli d. J. ist dies Gesetz nun auch in die neu erworbenen Landestheile eingeführt worden, jedoch mit der Aenderung, daß bei der Höhe der Steuer kein Unterschied zwischen Volks- und Lugskalendern gemacht wird, sondern die Besteuerung aller inländischen Kalender nach den für Volkskalender bestimmten Steuerfüßen erfolgt. Der vorgelegte Gesetzentwurf soll nun auch den Unterschied zwischen in- und ausländischen Kalendern beseitigen. In den der Regierungsvorlage beigegebenen Motiven heißt es darüber:

Die Heranziehung der ausländischen Kalender zu dem Doppelten der Steuer für inländische Kalender hat nur noch die Bedeutung eines fast prohibitiv wirkenden Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz, dessen die inländischen Verleger nicht bedürfen, und dessen Fortdauer den jetzigen wirtschaftlichen Anschauungen und insbesondere den Beziehungen zu den verbündeten deutschen Staaten nicht entsprechen würde. In finanzieller Hinsicht erscheint die Beseitigung der höheren Besteuerung ausländischer Kalender völlig unbedenklich, da in den letzten drei Jahren in den ausländischen Provinzen durchschnittlich 360 Thlr. für die Stempelung ausländischer Kalender aufkommen sind, während der Ertrag der Stempelsteuer von inländischen Kalendern sich auf 80,000 Thaler belaufen hat.

Die Kalender für das Jahr 1868 sind zum größten Theile schon erschienen, auch ausländische Kalender für 1868 bereits nach den höheren Steuerfüßen versteuert. Es empfiehlt sich deshalb, die Gleichstellung der letzteren mit den inländischen Kalendern, wie im Gesetzentwurf geschehen, erst bei den für 1869 erscheinenden Kalendern (deren Ausgabe in der ersten Hälfte des nächsten Jahres vorbereitet wird) in Anwendung zu bringen, um auch den inländischen Verlegern Zeit zu gewähren, etwa nötig scheinende Rücksichten auf die bevorstehende Aenderung vorzunehmen.

In der Kommission wurde noch das Motiv hinzugefügt, daß nach Artikel 33 der Bundesverfassung diese Beschränkung den Norddeutschen Bundesregierungen gegenüber überhaupt nicht mehr durchführbar ist. — Die Finanzkommission hat sich nun sehr eingehend mit der Frage beschäftigt. Es wurde dabei ausgesprochen, daß es überhaupt nicht ratsam sei, eine solche Steuer zu erheben, die einen verhältnismäßig geringen Ertrag liefert, und doch eine so große Belästigung für den Verkehr und das Publikum hervorruft. Durch den Kalenderstempel wird eine Vertheuerung der volkstümlichen Literatur hervorgerufen und damit die Verbreitung dieser Literatur und damit die Volksbildung selbst, bedeutend verhindert. Auch die Herausgeber werden dadurch sehr belästigt; in Folge der zur Herausgabe nötigen Steuerzahlung ist ein größeres Betriebskapital nötig; es wird also auf die Produktion der Kalender gehemmt. Die Mehrheit der Kommission war in Folge dessen darin einig, daß, wenn irgend möglich, die Stempelsteuer ganz beseitigt werde. Da der Regierungskommissar jedoch erklärte, daß die Regierung hierauf in finanziellen Interessen nicht eingehen könne, beschränkten wir uns auf den Vorschlag, die Stempelsteuer für alle Kalender, ohne Unterschied auf 1 Silbergroschen zu ermäßigen. Aber auch dieser Antrag wurde mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Nehmer erörterte nun die für und wider vorgebrachten Gründe, ist aber bei der zunehmenden Unruhe des Hauses, trotz seiner lauten Stimme, nicht verständlich. Schließlich empfahl er den oben mitgetheilten Kommissionsantrag.

Reg.-Kommissar Burckhardt erklärte, daß die Regierung dem Kommissionsantrage zustimme und empfahl dessen Annahme, während er das Amendement Engel sowohl aus finanziellen als sachlichen Gründen bekämpfte. In letzterer Beziehung führte er namentlich aus, daß die Verlegergebühren für Kalendermaterialien in gar keinem Zusammenhange mit der Kalendersteuer stehen, deshalb diese Frage auch gar nicht in das vorliegende Gesetz gehöre.

Abg. v. Benda bittet, trotzdem das Amendement Engel anzunehmen, da man dadurch einem dringenden Bedürfnis entgegenkomme.

Abg. Glaser befürwortet aus finanziellen Gründen den Kommissionsantrag.

Abg. Engel motivirt in einem sehr eingehenden, mit ausführlichem statistischem Material und der attemplichen Darstellung der ganzen Kalendergesetzgebung ausgestatteten Vortrage sein Amendement und hält dasselbe, trotz der Ausführungen des Regierungskommissars, in seinem ganzen Umfange, auch in Betreff der Verlegergebühren für Kalendermaterialien (Kalendarium, Jahrmärkteverzeichnisse etc.) aufrecht. — Das Haus ist jedoch sehr unaufmerksam, die Mitglieder verlieren sich immer zahlreicher im Saale; nur eine kleine Gruppe von vielleicht 40 Abgeordneten umsteht den Redner und beweißt durch abwechselndes Weiseln und Heiterkeit, daß derselbe ganz interessante Mittheilungen machen muß. Bis zur Journalisten-Tribüne dringt aber nicht ein Wort davon.

Der Präsident verliest das oben mitgetheilte Sousamendement Engel und stellt dasselbe zur Unterfertigung. Nur etwa 10 Mitglieder erheben sich. Präsident v. Forckenbeck: Das Amendement ist nicht ausreichend unterstützt. (Stimmen durcheinander: Ja! Nein! Wir haben es gar nicht verstanden! Noch einmal abstimmen! Noch einmal verlesen!)

Präsident v. Forckenbeck: (scheinbar etwas aufgebracht über die Unaufmerksamkeit des Hauses): Ich habe laut und deutlich gesprochen, wie immer; wenn das Haus aber so unruhig ist, so kann sich Niemand verständlich machen; auch nicht der Präsident.

Das Amendement wird darauf nochmals verlesen und nunmehr ausreißend unterstützt.

Abg. v. Batow: Die Rede des Abg. Engel enthielt eine Menge Mittheilungen aus amtlichen Aktenstücken und war theilweise sehr interessant, stand aber nur in sehr losem Zusammenhange zur Entscheidung der vorliegenden Frage. Die Verlegergebühren für Kalendermaterialien haben mit der Stempelsteuer gar nichts zu thun; zu ihrer Aufhebung gehört ein besonderes Gesetz. Durch die Annahme des Amendements Engel aber würde ein so großer finanzieller Ausfall in den Staatseinnahmen entstehen, daß durch die zu erwartende erhöhte Produktion resp. Konsumtion der Kalender der Ausfall nicht so schnell gedeckt werden würde.

Das Haus hat aber von jeher an dem durchaus richtigen Grundsatz festgehalten, daß es nicht in der Lage sei, eine Verringerung der Einnahmen herbeizuführen, wenn nicht trotzdem das Gleichgewicht im Staatshaushalt aufrecht erhalten bleibt. Auf dieses abschüssige Terrain dürfen wir uns nicht begeben, die Kalendersteuer ist keine erfreuliche, und auch ich wünsche, sie ganz abzuschaffen, wenigstens aber auf 1 Sgr. zu ermäßigen. Dafür aber werden wir Gelegenheiten finden bei der allgemein als notwendig erkannten Reform unserer ganzen Stempelgesetzgebung, die nach dem Abschluß der neu erworbenen Provinzen doppelt dringend geworden und hoffentlich bald vorgenommen werden wird.

Reg.-Kommissar Burckhardt empfiehlt noch einmal die Ablehnung des Amendements.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Zu §. 1 befürwortet Abg. Engel nochmals sein Amendement, doch bleibt es unverändert.

Das Amendement des Abg. v. Benda wird abgelehnt, das des Abg. Engel desgleichen, und zwar, wie die Zählung ergibt, mit 167 gegen 171 Stimmen. (Dafür stimmen die Liberalen, mit einzelnen Ausnahmen, u. a. Roepell, dagegen die Konserverativen und Ultraliberalen. Unter lautem Murren der Rechten wird namentliche Abstimmung beantragt und das Amendement Engel mit 173 gegen 168 Stimmen noch einmal abgelehnt, dagegen §. 1 der Kommissionsvorlage angenommen; desgl. das ganze Gesetz.)

Während der namentlichen Abstimmung wird das Haus erleuchtet. Am

3½ Uhr trägt Abg. Heise auf Vertagung an, da die Luft im Hause nicht wohl erträglich sei. (Abg. v. Binde: Sehr wahr!) Das Haus beschließt aber noch die auf der L.-D. stehenden Wahlprüfungen zu erledigen, und es werden mehrere Wahlen genehmigt.

Um 3¼ Uhr bemerkt Abg. v. Bonin, daß das Referat der 3. Abtheilung etwa 1½ Stunden in Anspruch nehmen werde. Mit Rücksicht darauf, daß die Luft im Hause (+ 22° R.) nicht besser geworden, und auf die vorgerückte Zeit beantragt er Vertagung und das Haus tritt seinem Vorschlage bei.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr (Verzögerung der noch nicht vereidigten Abgeordneten, Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, der Finanzen und des Handels).

Parlamentarische Nachrichten.

4. Berlin, 8. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses kam Seitens des Abg. Dr. Becker in dankenswerther Weise — freilich ohne voraussichtlichen Erfolg — die alte Beschwerde über die jammervolle Lage der Journalistentribüne zur Sprache. Wenn die ohnehin schwirrigste und eminent wichtige Aufgabe der Journalistik, die möglichst korrekte Berichterstattung über die parlamentarischen Verhandlungen erschwert werden sollte, es hätte nicht geschickter angefangen werden können, als durch Einrichtung dieser Journalistentribüne. Man soll in einem anerkannt altfährlichen Saale hinter dem Redner sitzend, genau hören und noch dazu bei einer fast fortwährend vorkommenden Unruhe im Saale in Bezug auf welche der Abg. v. Wittke-Kollande, allerdings den Nagel auf den Kopf getroffen hatte! Die Unterhaltungen im Saale übersteigen oft allen Glauben und machen das Verständnis der Redner geradezu unmöglich. Die Verlegung der Journalistenplätze in die Herrenhaussträße würde immerhin ein Schritt zur Verbesserung der Lage sein und der Widerspruch des Abg. Heise, der lieber die Presse als das Herrenhaus unberücksichtigt lassen möchte, ist bezeichnend genug für diesen Heros der äußersten Rechten. So viel steht fest, mit der Bemängelung der unglücklich schweren Kammerberichterstattung sind die Abgeordneten jedenfalls schneller bei der Hand als mit Erleichterungen für die Herstellung der Verichte! — Aus dem übrigen Verlauf der Sitzung ist zumeist die Rede zwecks hervorzuhoben, der die Eidesverweigerung der Abg. Krüger und Ahlmann dazu benutzte, die vielfach ventilirte Berechtigung der Damen auf Erfüllung des Prager Friedensvertrages auf das richtige Maas zurückzuführen.

Die beiden Abgeordneten aus Nordschleswig, Krüger und Ahlmann, haben dem Präsidenten des Abgeordneten-Hauses angezeigt, daß sie der Aufforderung, den Eid auf die Verfassung zu leisten, nicht nachkommen können. Das Haus wird morgen also, nach dem gestern gefassten Beschlusse, die Ungültigkeit der Mandate auszusprechen haben. — Zum Etat des auswärtigen Ministeriums liegt eine ganze Reihe von Anträgen vor. Der wichtigste ist folgender Präjudicialantrag von nationalliberaler Seite:

„Die k. Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten auf den Etat des Norddeutschen Bundes übernommen und die innerhalb des Norddeutschen Bundes bestehenden preussischen Gesandtschafts- und Konsulatsposten aufgehoben werden.“ — Antragsteller: v. Bennigsen, Kanninghake.

Es ist indessen sehr fraglich, ob der Antrag angenommen wird, da man vielfach der Ansicht ist, daß der Regierung dadurch Verlegenheiten entstehen möchten. — Die Konservativen bereiten Anträge auf Gründung von Hypothekenbanken vor.

Das I. Verzeichniß der beim Abgeordneten-Hause eingegangenen Petitionen weist 125 Nummern nach. Daron sind überwiesen: der Petitions-Kommission 36, der Agrar-Kommission 4, der Handels-Kommission 10, der Finanz-Kommission 17, der Justiz-Kommission 28, der Gemeinde-Kommission 26, der Unterrichts-Kommission 12, der Budget-Kommission 2. Unter diesen Petitionen befinden sich mehrere um Einführung der Civilehe, um Emancipation der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche, verschiedene für und gegen die Gewerbefreiheit, mehrere um Aufhebung der Schulhaft; 13 Petitionen bitten um Erlass einer neuen Kreis- und Gemeinde-Ordnung, verschiedene um Erlass des in der Verfassung versprochenen Schulgesetzes. — Mehrere Städte petitioniren um die Heranziehung der königlichen Bank-Kommission und Kommanditen zur Kommunalsteuer; mehrere Invaliden bitten um Erhöhung der Invaliden-Pension, mehrere Einwohner aus der Umgegend von Stedde um Kriegsentwidigung für die durch die Schlacht von Stedde 1850 erlittenen Verluste. — Das Vortragsamt der Kaufmannschaft zu Königsberg bittet um Hebung der Nachtheile auf diplomatischem Wege, die noch immer für den Handelsverkehr mit Rußland bestehen. — Mehrere Petitionen bitten um endliche Gleichstellung der Juden in jeder Beziehung; ein Petent bittet um bessere Einrichtung und ausgedehnte Verbreitung der stenographischen Berichte des Hauses; mehrere Subalternbeamten bitten um Gehaltsverbesserung.

Die Erklärungen des Regierungs-Kommissarius gegenüber den Petitionen, betr. die Reform der Kreis- und Provinzialordnung, sowie der landlichen Polizei und den Erlass einer Gemeinde-Ordnung lauten nach dem Kommissionsbericht: „Die Staatsregierung sei nicht abgeneigt, auf dem Gebiete des Gemeindelebens die Wünsche der Volksvertretung in Erwägung zu ziehen; und auch bereit, die Gemeindeverfassung, sobald hierzu ausreichendes Material vorliege, einer Revision zu unterwerfen und dabei diejenigen Abänderungen zu treffen, die durch ein wirkliches Bedürfnis bedingt werden sollten.“ — Die Staatsregierung habe indessen jedes Vorgehen auf diesem Gebiete bisher unterlassen, einerseits, weil durch die organisatorischen Geschäfte des laufenden Jahres ihre Arbeitskräfte hinlänglich in Anspruch genommen wurden, und andererseits, weil sie der Meinung sei, daß zuvörderst die Fortbildung der Kreisverfassung, die das Fundament des politischen Gemeindelebens bilde, abgearbeitet werden müsse, bevor mit legislativen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeinde-Verfassung vorgegangen werden könne. — Ueberdies seien der Staatsregierung bestimmte Angriffspunkte gegen die jetzt bestehende Gemeinde-Verfassung, abgesehen von dem Verlangen, den Gemeinden die Wahl ihrer Vorstände zu überlassen, nicht bekannt geworden. — Was die gutsherrliche Polizei anbetreffe, so sei auch hier die Staatsregierung nicht abgeneigt, die bessere Hand anzulegen überall, wo sich ein Bedürfnis dazu herausstelle. — Dagegen könne sie keine Veranlassung vorfinden, mit einer Aufhebung oder Umgestaltung der gutsherrlichen Polizei vorzugehen, und sie werde sich hierzu nicht entschließen können, so lange ihr nicht die Ueberzeugung gewährt werde, daß die etwa vorzuschlagenden neuen Einrichtungen besser seien, als die bisher bestehenden.“ — Die Gemeinde-Kommission hat trotzdem beschloffen, sämtliche Petitionen der Staatsregierung mit der dringenden Aufforderung zu überweisen, noch in dieser Session der Landesvertretung den Entwurf einer neuen Kreis-Ordnung und einer Provinzial-Ordnung, sowie ein Gesetz wegen Aufhebung der gutsherrlichen Polizei vorzulegen. — Berichterstatter ist Abg. Dr. Lette.

* Es heißt, der Abg. Dr. Ebertz wolle bei der Berathung des Budgets des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die Regierung befragen, welche Schritte sie gegenüber den Russifizierungsmaasregeln in den Ostsee-Provinzen gethan habe.

Die Generalversammlung der deutschen Fortschrittspartei, welche Sonnabend stattfand, hat folgende Resolution angenommen:

Der Wahlverein der deutschen Fortschrittspartei erklärt: 1) Die Reform der Verfassung des Norddeutschen Bundes, besonders die Reform des Bundesraths und die Einführung der vollen Ministerverantwortlichkeit in die Verfassung ist nicht allein notwendig, um die Freiheit und das Recht des Volkes sicher zu stellen und demselben den ihm zustehenden Einfluß auf die Politik des Bundes zu verschaffen, sondern auch, um die Ausdehnung des Bundes über das ganze nicht östreichische Deutschland möglich zu machen, denn erst hierdurch kann der Nation die gesicherte Stellung unter den Nationen Europas und damit die Erleichterung der Lasten zu Theil werden, welche sie immer von der Einheit Deutschlands geholt hat.

2) Es ist die Pflicht der Mitglieder der Fortschrittspartei, alle Bestrebungen, welche auf die Verbesserung und Förderung des geistigen und materiellen Wohls der leidenden Klassen berechnet sind, kräftig zu unterstützen. Zu diesem Zweck muß sie für die Ausbreitung des Genossenschaftswesens in jeder Form, wie Vorschuss, Konsum-, Rohstoff- und Produktionsvereine in Stadt und Land, mit allen Kräften thätig sein und die Bildungsvereine, wo sie bestehen, fördern und in den Kreisen, in denen es an ihnen noch fehlt, besonders in den ländlichen, sie hervorgerufen.

3) Es ist die Aufgabe des Staates, die ärmeren Klassen aus der Noth der Armut und Unwissenheit mit den ihm dafür zu Gebote stehenden Mitteln zu befreien und sie zum Wohlstand und zur Bildung zu erheben. Zu diesem Zwecke muß der Staat vor Allem die Anforderungen verringern, welche er bisher an die ärmeren Klassen gestellt hat, namentlich die indirekten Steuern, welche vorzugsweise auf den ärmeren Klassen lasten, erleichtern und die unent-

behrlichten Lebensmittel vertheuernden Verbrauchssteuern abschaffen. — Die schwerste Last, die Militärlast, muß durch Verkürzung der Dienstzeit erleichtert, die Schranken, welche die wirtschaftliche Thätigkeit der Staatsbürger noch immer hemmen, müssen durch Einführung voller Gewerbefreiheit beseitigt und das gleiche Recht Aller durch Aufhebung der die arbeitenden Klassen besonders bedrückenden Strafbestimmungen gegen Koalitionen hergestellt werden. Um allen Klassen des Volkes aber eine Bildung zugänglich zu machen, welche nicht allein die edleren, sittlichen Eigenschaften in ihnen entwickelt, sondern sie auch befähigt, ihre Arbeitskräfte so gut als möglich zu verwerten, muß die Volksschule selbstständig und von der priesterlichen Bevormundung mindestens eben so befreit werden, als es die höheren Lehranstalten geschehen schon sein sollen. Der durch die Verfassung verheißene unentgeltliche Unterricht muß endlich zur Ausführung gebracht werden. Außerdem aber muß die materielle und sociale Stellung der Lehrer durch Verbesserung ihres Gehaltes, so wie durch bessere wissenschaftliche Vorbildung gehoben werden.

4) Eine Hauptursache der jetzt so häufigen Störungen der Arbeit in allen Zweigen der Industrie ist die Besorgnis vor einem Kriege, welche in dem bewaffneten Frieden, der die besten Kräfte des Volkes verzehrt, ihren Ausdruck findet. Die Völker selbst haben das größte Interesse an der Erhaltung des Friedens und die Sicherung desselben kann nur dadurch bewirkt werden, daß die Freiheit der Völker und damit der Einfluß, den sie verfassungsmäßig auf die Leitung ihrer Staatsangelegenheiten haben sollen, zur Wahrheit wird.“

Notale.

Posen, den 9. Dezember.

— Orpheus in der Unterwelt. Die Burleske hat die alte Zugkraft bewahrt, und was ihre neue Ausstattung betrifft, so wäre nichts zu bemängeln; auch das Spiel war durchaus lobenswerth, namentlich der Herren Schirmer, (Jupiter) Heim, (Pluto) Schwarz (Eurydice) und des Fräulein Valmore (Eurydice) so daß es an komischen Schlag-Effekten nicht fehlte. Ueber die Gesangsleistungen hat Jupiter selbst das Urtheil gesprochen, wir wollen uns den Mund nicht verbrennen; doch können wir bescheinigen, daß das Ende besser war, als der Anfang.

Begen Raummangels muß der Bericht über die Aufführung der „Valentine“ auch heute zurückbleiben.

— Das Konzert welches am Sonnabend in der Loge zum Zwecke der Beschaffung einer Weihnachtsbescherung für arme Kinder gegeben wurde, war, besonders von Logenbrüdern, auch dieses Mal recht gut besucht. Die Anwesenden fanden Gelegenheit, außer einigen Gesangsvorträgen befähigter Dilettanten die Leistungen des von Herrn Gürlich geleiteten Orchester-Vereins zu bewundern, der, obgleich meistens aus jungen Kräften bestehend, namentlich die D-dur Synfonie von Beethoven tadellos ausführte.

— [Der Männer-Turnverein] beging am 7. d. im Odeum sein diesjähriges Stiftungsfest durch Musik, Gesang unter Herrn Wienwalds Leitung, Schauturnen, gemeinschaftliches Abendbrot und Tanzkränzchen.

— [Volksgarten-Saal.] Die gestrige erste Vorstellung der Gebrüder Natula erfreute sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches, der die mannichfachen Produktionen, magische und physikalische Darstellungen, Tänze, Equilibres mit ungetheiltem Beifalle aufnahm. Die Ertrage, auf der die Produktionen ausgeführt werden, ist für diesen Zweck sehr ansprechend decorirt worden. Sehr vortheilhaft für das Publikum ist die Herabsetzung des Entrees von 5 Sgr. auf 2½ Sgr.; doch dürfte ein steter zahlreicher Besuch die Unternehmer für die Ermäßigung wieder entschädigen.

— Der Jahrmarkt in Dolzig ist vom 3. auf den 17. Dezember verlegt worden.

— [Feuer.] Am vergangenen Sonntage früh gegen 4 Uhr wurde die Stadt wieder einmal wegen eines Balkenbrandes in dem Hause des Herrn Partikular Rau, am alten Markt Nr. 9, in Alarm gesetzt. Ursache des Feuers war die vielbesprochene Dachstuhlfehle der Baumeister. Ein Balken war dem russischen Schornstein zu nahe gelegt worden. Wird denn die hiesige Stadt sich nicht dazu bewegen lassen, endlich dafür zu sorgen, daß wenigstens zur Nacht eine geübte Feuerwehr vorhanden ist, die solche unbedeutende Brände beseitigt, ohne daß sämtliche Bewohner durch Feuerlärm aufgeschreckt werden?

Landwirtschaftliches.

Die Herbst-Generalversammlung der pommerischen ökonomischen Gesellschaft (Schluß.)

Die nächste Frage betraf die Erfahrungen über die Drilkultur im Vereinsbezirk der pommer. ökonom. Gesellschaft. Es stellte sich heraus, daß sie sich in diesem Jahre vorzugsweise bei Blattfrüchten, Widen und Erbsen bewährt habe; der Acker war zu naß, um in diesem Frühjahr gedrückten Roggen zu haben. Besonders schien sich aber das Drillen bei Buchweizen bewährt zu haben. Im Allgemeinen erkannte man an, daß auf schwerem Boden ein Weiden durchaus notwendig sei. Es kam nun die Frage an die Reihe wegen Ausrottung der so massenhaft aufgetretenen Sibirischen Bucherblume (Senecio vernalis). In Wangerin sei im vorigen Sommer das Ausreißen dieser Pflanze polizeilich angeordnet. Die Stettiner Regierung habe bei der Regemwalder Versuchstation über die Entnahme der Nahrungsmittel durch diese Pflanze aus dem Acker Anfrage gehalten, und da habe sich ergeben, daß von dieser Bucherblume pro 1 Morgen 41 Str. grün und 10 Str. trocken gewonnen wurde: daß dieselben 169 Pfd. Mineralbeimengungen enthielten, worunter 51½ Pfd. Kali und 19 Pfd. Phosphorsäure, so daß also die Verarmung des Acker an Nährstoffen sehr bedeutend sei. Jedes Vieh verweigert die Annahme dieser Pflanze als Futter; vergraben, hat sie sich nach einigen Jahren wieder durch den Pflug herausgerissen, noch keimfähig gezeigt, so daß nur Verbrennen das einzige sichere Mittel zu ihrer Vertilgung ist. Trockene Stwinde verbreiten den Samen sehr leicht und sehr weit; in nassen Jahren erscheint sie weniger gefährlich, sie muß aber mit der Wurzel ausgezogen werden, weil sie abgehauen leicht wieder ausläuft; auch muß sie nach dem Einfammeln sehr schnell vernichtet werden, weil sonst der Saame sich zu schnell ausbreitet. Die Ansicht war wohl ziemlich einmüthig, daß der Weiterverbreitung dieser höchst gefährlichen Pflanze nur durch bezügliche Verordnungen der hohen Staatsbehörden vorgebeugt werden könnte. 1822 ist diese Pflanze zuerst in Schlesien vorgekommen, Mitte der 40er Jahre bei Posen, 1855 in der Stolper Gegend.

Die Fragen 8 u. 9 waren die jährlich wiederkehrenden über die Wirkung des Stasfurter Kalis als Dünger für Acker und Wiesen, und über die besten künstlichen Düngemittel. Herr Dr. Birner berichtet über Versuche, die er mit schwefelsaurem Kali zu Klee angewandt hatte, woraus sich bei einer Anwendung von 100 Pfund ein Mehrertrag von 489 Pfund Klee ergeben habe, so daß ein Netto-Gewinn von 64 Sgr. pro 1 Morgen sich herausstellte. Eben so ergab eine Anwendung von 100 Pfund Gyps auf Klee einen Mehrertrag von 300 Pfund oder (1 Str. Klee zu 20 Sgr. berechnet) ein Netto von 50 Sgr. Besonders wies Herr Dr. B. auf Anwendung des Kalis auf Moorswiesen hin, weil es diesen gewöhnlich an Kali fehle, während phosphorsäure Düngemittel besonders auf Acker anzuwenden seien, weil durch die marktgängigen Produkte dem Acker meist Phosphorsäure entzogen werde. Es haben auch Stickstoffverbindungen für den Getreidebau hohe Bedeutung, und empfehle er deswegen ein Gemisch von 1 Theil Superphosphat und 2 Theilen Peruguano als zweckmäßigstes Düngemittel für Getreide, während Superphosphat ohne Stickstoff das geeignetste künstliche Düngemittel für Rüben und Turnips sei. Es sei ferner nicht genug, für eine innige Vermengung der künstlichen Düngemittel mit der Ackererde zu sorgen, und zwar bei tieferwurzelnden Gewächsen, wie bei Cerealien, für eine möglichst flache Unterbringung. Ebenso sei der Zusatz dieser künstlichen Düngemittel zu dem animalischen Stallmist zu empfehlen. Herr v. Homeyer habe durch solchen präparirten Stallmist den doppelten Ertrag an Rüben gegen unpräparirten gehabt. Bätow in Posen habe ein halb mal so viel Roggen von solchem präparirten Dünger gegen nur mit Knochenmehl gedüngtem geerntet. Auch in der Regemwalder Versuchstation habe sich herausgestellt, daß durch Anwendung von Superphosphat (wie es bei Prossnitz und Hofrichter in Stettin zu haben sei) in Roggen ein Mehrertrag von 5-6 Schfl. pro 1 Mrg. gewonnen sei. Vorzugsweise bewähre sich diese Superphosphat-Düngung auf rohem Boden.

Die nächste Frage (20.) betraf die Viehversicherung des kleinen Mannes. Dabei wurde ein Unterschied gemacht zwischen der Viehversicherung der Tagelöhner auf größeren Gütern und der auf kleineren Gütern, indem sich für erstere nicht laufende Beiträge empfehlen, sondern jedesmalige Beiföhr, wenn

ein Todesfall vorkomme — während bei den letzteren sich laufende Beiträge besser machen, weil dann immer ein Reservefonds vorhanden wäre, der bei jedem Unfall in Anspruch genommen werden könnte. Um Mißbrauch zu verhüten, wurde empfohlen, nie den vollen Ertrag zu gewähren, wohl aber zu gestatten, wenn eine Kuh durch Krankheit oder sonst ohne Schuld des Besitzers sehr herunter gekommen sei, daß sie dann verkauft oder geschlachtet werde nach einer vorgenommenen Tage und daß dann das Besiehende zum Ankauf einer neuen Kuh aus den Vereinsmitteln zugeschoffen werde. Es empfehle sich auch, den Schulden in jeder Ortschaft mit der Einziehung der Beiträge und der Abtragung zu betrauen.

Wochenkalender für Konkurse und Substationen.

A. Konkurse.

I. Eröffnet. Bei dem Kreisgericht zu Bromberg am 30. Novbr. c. Vorm. 11 Uhr der kaufmännische Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Kurzweg daf., Tag der Zahlungseinst. der 30. Mai c. Einseitiger Verwalter Kaufmann Theodor Simons dafelbst. Kommissarius des Konkurses Kreisgerichtsrath König.

II. Beendet. Bei dem Kreisgericht zu Gnesen der Konkurs über das Vermögen der Pughändlerinnen Emilie und Konstantia Elsner daf. durch Ausschüttung der Masse am 30. Novbr.

III. Termine und Fristabläufe. Dienstag den 10. Dezember c.: 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Konkurs über den Nachlaß des hieselbst verstorbenen Reumann Sohn, Ablauf der Anmeldefrist für Forderungen.

2) Bei dem Kreisgericht zu Grah in dem Konkurs über das Vermögen der Restaurateur Robert und Malie Bigner'schen Eheleute Vorm. 10 Uhr Termin zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Aktord vor dem Kommissar des Konkurses Gerichtsassessor Bender.

Donnerstag den 12. Dezember c.: 1) Bei dem Kreisgericht zu Kempen in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Wojciech Szymanski dafelbst Vormittags 11 Uhr Termin zur Prüfung aller bis zum 5. Dezember c. einschließlich angemeldeten Forderungen und insbesondere nachstehender, welche

1) der Sattlermeister S. Kofstauscher zu Kempen wegen 9 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf. 2) der Kaufm. Abraham Zadik zu Kempen wegen 16 Thlr. 21 Sgr. 10 Pf. 3) der Seifenfabr. R. Jabulowicz zu Breslau wegen 12 Thlr. 4 Sgr. 4) der Kaufm. S. Rosenfeld zu Würzburg wegen 53 Thlr. und Zinsen nachträglich angemeldet haben.

2) Bei dem Kreisgericht zu Rawicz in dem Konkurs über das Vermögen des Gutspächters Rudolph Rantowicz zu Alt-Sielec Vormittags 10 Uhr Termin zur Prüfung der in der Zeit vom 11. September 1867 bis zum Ablauf der zweiten Frist, den 19. November c. angemeldeten Forderungen vor dem Kommissar des Konkurses, Kreisgerichtsrath König.

3) Bei dem Kreisgericht zu Krotoschin in dem erbshaf. Liquidationsverfahren über den Nachlaß des dafelbst verst. Gashwirts Robert W. B. Vormittags 11 Uhr Termin zur Abfassung des Präliminatsentwerfes.

4) Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem erbshaf. Liquidationsprozeß über den Nachlaß des Rentiers Ignaz Langiewicz zu Ratel Vormittags 10 Uhr desgl.

Sonntag den 14. Dezember c.: 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen in dem Maurermeister Christoph Friedrich Wührmann'schen Konkurs Ablauf der Anmeldefrist für Forderungen.

2) Bei dem Kreisgericht zu Bromberg in dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Kurzweg dafelbst (siehe oben) Vorm. 11 Uhr Termin zur Bestellung eines definitiven Verwalters.

B. Substationen.

Es werden öffentlich und meistbietend versteigert:

Dienstag den 10. Dezember c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Posen das dem Wirth Michael Zucynski, und dessen Ehefrau Apollonia geb. Biolicka gehörige, zu Skotowo unter Nr. 6. belegene Grundstück, abgeschätzt auf 1308 Thlr. 20 Sgr. 6 Pf.

2) Bei dem Kreisgericht zu Wollke in das dem Stephan Munko und seiner Ehefrau Marianna geb. Kuchly gehörige, zu Neu-Kramitz unter Nr. 43. belegene Grundstück, gerichtlich abgeschätzt auf 2500 Thlr.

3) Bei dem Kreisgericht zu Birnbaum das im Dorfe Goray unter Nr. 15/18. belegene, der Wittve Agnes Kaczmarek geb. Krotka gehörige Grundstück, bestehend aus 15 M. Land und einem Wohnhause, abgeschätzt auf 660 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf.

Mittwoch den 11. Dezember c. 1) Bei der Gerichtskommission in Wiliowo die den Vincent und Antonina geb. Bontowiat Nigbarczyk'schen Eheleuten gehörige, in Grabowice unter Nr. 18. belegene Ackerwirtschaft abgeschätzt auf 788 Thlr.

2) Bei dem Kreisgericht zu Rogasen das dem Michael Piechota gehörige, zu Tarnowko unter Nr. 28. belegene Grundstück, abgeschätzt auf 2250 Thlr.

Telegramme.

Berlin, 9. Dezember. [Abgeordnetenhaus.] Der Präsident theilt ein Schreiben der Abgg. Krüger und Ahlmann mit, wonach sie wiederholt den bedingungslosen Verfassungseid verweigern. Nach nochmaligem vergeblichen Aufrufe erklärt der Präsident, daß der Beschluß des Hauses vom 7. d. M. nunmehr in Gültigkeit getreten, wonach er die Regierung zur Ausschreibung der Neuwahlen aufzufordern habe.

Paris, 9. Dezbr. Die „Patrie“ theilt mit, Prinz Napoleon wird sich nach Monza begeben, um dort eine Zusammenkunft mit Victor Emanuel zu haben.

New York, 7. Dezember. [Repräsentantenhaus.] Die Anklage gegen den Präsidenten wurde mit 108 gegen 57 St. verworfen. Die Bill, welche die Ermächtigung des Finanzministers zur Verminderung des Papiergeldes suspendirt, wird angenommen. Unionsschuld 2639.

(Eingefandt.)

Heinrich und Marie, von Herrn Direktor Mergel nach sorgfältigster Prüfung, als die vorzüglichste Jugendschrift der Amalie Schoppe herausgegeben, nachdem solche seit 15 Jahren im Buchhandel fehlte (jetzt im Verlag der Platan'schen Buchhandlung erschienen, Preis Thlr. 1), wird gewiß allen Müttern und Kinderfreunden eine höchst willkommene Weihnachtsgabe für Kinder mittleren Alters sein; die vortrefflichen Zeichnungen von Louise Thalheim lassen nichts zu wünschen übrig. In Posen auf Lager bei Ernst Rehfeld, Wilhelmplatz 1.

D. R.

Rotorisch fest

steht es, daß alle die, welche einen starken Haarwuchs haben, nicht allein gegen die Krankheiten des Kopfes, sondern auch gegen viele andere Krankheiten geschützt sind. Aus Sanitätsrücksichten müssen wir deshalb darauf bedacht sein, unser Haar so viel als möglich zu pflegen und dem Ausfallen desselben, sobald sich dies bemerkbar macht, durch kräftige und der Gesundheit nicht schädliche Mittel vorzubeugen. Unter diesen hat sich der *Extrait des cheveux*, der Kräuterhaarbalsam der Herren Fütter & Co. in Berlin, Depot bei Herrn Moegelin in Posen, Bergstr. 9, in Flaschen à 1 Thlr., eines ganz besonderen, wohl begründeten Rufes zu erfreuen. Derselbe thut nicht allein sofort dem Ausfallen der Haare Einhalt, sondern er erzeugt auch auf bereits kahl gewordenen Stellen einen kräftigen Nachwuchs, was durch eine große Zahl von Dankschreiben nachgewiesen werden kann.

Th. v. L.

(D. 3.) Die heilsame Wirkung des Honigs war schon den Alten bekannt. Schon Aeschylus erzählt uns von der guten Wirkung des Honigs bei Husten und allen katarrhalischen Anfällen. Hufeland nennt den gereinigten

Bekanntmachung.

Zum Verkauf von
1) 170 Stück Eichen,
50 Stück Birken,
450 Stück Kiefern,
sehr schöner Bau- und Nussbölzer verschiedener
Dimensionen aus den Jahresschlägen, Jagen 1,
5 und 22 der Schutzbezirke Stępczko und R.
Dąbrówka, ferner von circa 80 Klaftern ganz
trockener Brennholz verschiedener Holzarten
und Sortimente, meist aus dem Einschlage des
vorigen Jahres.

2) circa 400 Stück Eichen und Kiefern Bau-
holz, so wie einer Quantität Brennholz, aus
den Schutzbezirken Promno und Jędrze, nach
dem Meistgebot unter den im Termine selbst be-
kannt zu machenden Bedingungen stehen fol-
gende Termine an:

ad 1) am **Mittwoch den 18. Dezember**
d. J. im Gasthause zu Zielonka,
ad 2) am **Montag den 23. Dezember**
d. J. im Gasthause von Mundt zu Pude-
wis, jedesmal von Vormittags 10 Uhr ab.
Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken
eingeladen, daß die Aufmaße des Bau-
holzes einige Tage vor dem Verkauf ad 1. in
der hiesigen Registratur, derjenige ad 2. in der
Revierförsterei Jędrze, eingesehen werden kön-
nen und die betreffenden Forstschutzbeamten an-
gewiesen sind, die zum Verkauf gestellten Holzger
auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen.
Zielonka, den 7. Dezember 1867.
Der königliche Oberförster.

Störig.

Gasthofs-Verkauf.

In einer mittleren Stadt der Provinz Posen
ist ein guter, rentabler Gasthof ersten Ranges
eingetretener Familienverhältnisse wegen, bei
2500—3000 Thlr. Anzahlung, zu verkaufen und
sodort oder bis 1. Februar k. J. zu übernehmen.
Näheres auf franco-Anfragen unter **H. L.**
15. an die Expedition der Pos. Btg.

3950 Thlr. werden auf ein Gut nach
1857 genommen) gesucht. Adressen sub **H. H.**
33. poste restante Breschen erbeten.

Unterricht.

Ein erfahrener Lehrer in der Nähe von Posen,
welcher glaubhaft nachweisen kann, daß er
wirklich in kurzer Zeit Knaben für die mitt-
leren Klassen höherer Lehranstalten vorzubereiten
im Stande ist, wünscht noch 1 oder 2 Pensionäre.
Pensionsatz je nach dem Alter, 72—84 Thlr.
jährlich.
Näheres in der Exped. d. Btg.

Nicht zu übersehen.

Unterzeichnetem besitzt ein ebenso sicheres als
unabhängiges Mittel gegen den abelreichenden
Athem.
Dr. Kirchhoffer,
in Kappel, St. Gallen (Schweiz).

Zahnarzt Ziegel aus Berlin
wird vom 8.—14. Dez. in **Wongrowiec,**
Zapalowski's Hotel du Nord,
Behufs Einsetzen künstlicher Zähne,
Blombiren u. täglich zu konsultiren sein.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebene
Anzeige, daß ich
gr. Nitterstraße 5.

ein Uhrengeschäft

eröffnet habe und mache auf mein gut assortir-
tes Lager verschiedener Uhren und Ketten auf-
merksam.

Reparaturen werden schnell und sau-
ber ausgeführt und bei reeller Garantie
die billigsten Preise zugesichert

R. Gensleweit.

Uhrmacher.

Der Bodverkauf aus der
Vollblut-Negretti-Herde zu
Kikowo, 2 Weilen von
der Eisenbahnstation Wronke,
hat begonnen. Die Herde ist
Passender und Linschower Ab-
stammung und vereinigt bei vollständiger Ge-
sundheit, große starke Körper mit größter Reich-
wolligkeit. Die Huden sind geimpft.
F. Sperling.

Der
Bockverkauf
auf dem
Dominium
Daleszyn
ist beendet.
Pitsch.

Donnerstag
den 12. d. Mts.
bringe ich mit dem
Nachmittagszuge einen Transport frischemel-
der Kühe nebst Kälbern in Keilens Hotel
zum Verkauf.
J. Klakow.

Reisedecken,
Schlafdecken,
Steydecken,
Tischdecken,
Teppiche und
Vorzierendstoffe

zu herabgesetzten Weihnachtspreisen
bei
S. H. Korach,
Neuestraße 4.



Die Wäsche-Fabrik, Lager von Leinen-, Tisch- und Bettzeug, Fließwaaren

von
Robert Schmidt

vorm. Anton Schmidt,

Posen, Markt Nr. 63.,

liefert komplette Ausstattungen, sowie einzelne Gegen-
stände in solider Waare zu den **billigsten** festen Sa-
brispfeisen.



Gerichtlicher Ausverkauf!

Die zur **W. Kofzjanski'schen** Konkursmasse gehörigen Warenbestände, als:
Damenhüte, Gaben, Kapotten, Bänder, Blumen, Bouquets,
Federn, Spitzen und diverse andere Puffsachen, sowie Kurz- und
wollene Waaren u.

werden, um noch vor dem Feste damit zu räumen, von heute ab im Laden **Schloß-**
straße Nr. 4. zu herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Posen, den 9. Dezember 1867.

Heinrich Grunwald,
ger. Konkurs-Massen-Verwalter.

Beste Stückkohlen

in ganzen und halben Wagon-Ladungen nach
Grubenmaße liefert direkt vom Bahnhofs
franko vor's Haus billigt der Speditur

Rudolph Rabsilber,

Breitestraße Nr. 20.

Allen Frostleidenden
wird empfohlen, Dr. Deversen's Frostbal-
sam, vorzügliches Mittel, jeden Frostschaden
schnell zu beseitigen, so wie das Aufspringen der
Haut zu verhindern. Vorräthig in Bl. a 5 Sgr.
Elmer's Apotheke.

Zum Weihnachtsfeste

empfehlen die Uhrenhandlung von **P. Schnibbe,** Breslauerstr. 5.
ihre En-gros-Lager von goldenen und silbernen Herren- und Damenuhren,
sowie **Knabenuhren** in den neuesten Mustern; ferner Pariser Stuhuhren,
14 Tage, und **Regulators,** 8 Tage gehend, zu auffallend billigen Preisen bei reeller
Garantie.

Chemnitzer Kohlen-Plätteisen

(ohne Bolzen zu plätten) neuester Konstruktion,

Fleischhackmaschinen

zu praktischen Weihnachtsgeschenken sich eignend, empfiehlt
das **Magazin für Haus- und Küchengeräthe** von
S. J. Auerbach.

Die **Frenzelsche Niederlage** be-
findet sich **Wilhelmsplatz Nr. 6.** im
Sternschen Hause.

Des kgl. preuß. Kreisphysikus **Dr. Koch** Kräuterbonbons
bewähren sich wie durch zwölfjährige Erfahrung festgestellt
vermöge ihrer reichhaltigen Bestandtheile der vorzüglichsten geeigneten Kräuter-
und Pflanzenstoffe bei Husten, Heiserkeit, Raueheit im Halse, Ver-
schleimung u., indem sie in allen diesen Fällen, lindernd, reiztillen-
und besonders wohlthunend einwirken und werden in länglichen, mit
nebenstehendem Stempel versehenen Original-Schachteln, a 5 und 10

Sgr. nach wie vor stets echt verkauft für Posen bei **J. Menzel,** Wilhelmsstraße,
neben dem Postgebäude, sowie auch für Birnbaum: J. M. Strich, Bromberg: C. B. Beileits,
Chodzieles: C. Breite, Trausnitz: Aug. Cleemann, Gnesen: J. B. Lange, Grätz: H.
Wügel, Nowarad: S. Senator, Kempten: Gottsch. Frankel, Kosen: W. Feldmann,
Krotoschin: A. C. Stod, Lissa: J. L. Hauken, Lobsens: L. B. Elftich, Margonin: Apoth.
A. Krag, Rakel: R. A. Kallmann, Ostrowo: Böbel Cohn, Pleschen: Th. Musielewicz,
Ravicz: H. B. Frank, Rogasen: Sonas Alexander, Samolischin: C. C. Stengel, Santer:
W. Krüger, Schmiegel: Wolf Cohn, Schrimm: Emil Siemverh, Schroda: Bichel Baum,
Schubin: C. L. Albrecht, Trzemeszno: G. Dlawski, Wittkowo: H. A. Langiewicz, Woll-
stein: C. Skawiecz Nachfolger, Wongrowiec: J. C. Siemer, Breschen: Const. Wingenst
und für Bronke bei L. Krüger.

Als langjährige, fast alleinige Vermittler des Exports von
Schönebecker Salz mit diesem Artikel vertraut, empfehlen wir uns nach Auf-
hebung des Monopols auch für den Zollverein zu Beziehungen von Salz
aller Art zu Salinenpreisen und gewähren auf Wunsch bei genügenden Refe-
renzen Kredit, bei größeren Quantitäten Antheil am Rabatt. Auf frankirte Anfragen Näheres
brieflich.
Ferd. Bohnenstiel Nachfolger in Magdeburg.
Alb. Schildener in Schönebeck.

Wachstöcke, Baumlichtchen und bril-
lante Lichthalter empfiehlt
Joachim Bendix.

Die erste Fabrik von
Brandenburger Militair-
Schmierlack
in Breslau
von **Th. Hönenberger,**
Werderstraße 22.
empfehlen denselben in 3 vorzüglichsten Qualitäten
zu 13, 15 und 17 1/2 Sgr. pro Pfd.

Nach Aufhebung des Salz-
monopols empfehlen wir unsere
Vermittelung bei Bezug von Salz aus den hie-
sigen Salinen und sind auf frankirte Anfragen
zur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft
gerne bereit.

Halle a. S., im Dezember 1867.
G. Hintze & Klincke.

Große neue türkische Pflaumen
empfiehlt das Pund a 3 Sgr.
Isidor Busch,
Capieaplag 2.
Gründ. süße Weintrauben und helle neue
Walnüsse empf. bill.
Kletschoff.

Aecht Havanna-Ausschub
ausgeführt a Stück 6 Pf., im Ganzen billiger,
empfiehlt

Hugo Taterka,

Krämerstr. 19. (Keiler's Hotel.)

Gedarrte Ameiseneier (1867er), trockene
gewürzte Wacholderbeeren, täglich frisch
gequastetes und garzer Kanarienvogel-
futter empfiehlt die Vorkosthandlung von
Moritz Briske Wwe.,
Krämerstr. 11.

Meine persönlich in Ober-An-
garn angekauften Weine und na-
mentlich die schönen fetten 66er,
sind angekommen und empfehle die-
selben — so wie ältere Jahrgänge
— der Beachtung eines hochgeehrten
Publikums

A. Pfitzner,

Posen, am Markte.

Nüsse,

amerikanische, französische und
türkische, empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Feinste holländische Heringe
empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Große spanische
Weintrauben, italien.

Rosmarin-Aepfel,

süße Meß. Apfelsinen,

Marokkanische Datteln,

Sultan-Feigen,

Trauben-Rosinen,

Schaalmandeln à la

Princesse, große Görzer

Maronen und schönen

großköpfigen Algierer **Blu-**

menfohl empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmsplatz 2.

Echte fette
holländische Heringe

empfing

A. Cichowicz.

Indischen Sago, echten Manna,
türkische Pflaumen, Mosauer Zudern
schoten, Zudernbrenn und Zudernboh-

nen sowie enthäutete Erbsen, weißen
und blauen Mohn, gemahlen und

ungemahlen, Wall- und Lamberts-

nüsse, Magdeburger saure

Weingurken, große ungarische Ein-

sen, echte Wiener Stewarin-Kerzen

(30 Loth), Paraffin-Kerzen, alle Sorten

Macaroni empfiehlt die Vorkosthand-

lung von

Moritz Briske Wwe.,

Krämerstr. 11.

Den ersten Trans-
port **Lübecker Mar-**

cipan in verschiedener

Größe empfangen

W. F. Meyer & Co.,

Wilhelmsplatz 2.

Gewinne von fl. 200,000,
fl. 100,000, 50,000, 20,000, 15,000,
12,000 u. u.

enthält die von der königl. Preuss. Regierung
genehmigte

153. Frankfurter Stadt-Lotterie

Ziehung erster Klasse am 11. u. 12. December 1867.

Originallosse 1/2 a 2 Thlr. 3. 13 Sgr.

1/4 a 26 Sgr., 1/2 a 13 Sgr. verleiht auf un-

gehende Bestellung gegen Einfindung oder Nach-

nahme des Betrages
J. S. Rosenberg,
Göttingen.
Kgl. Preuss. Haupt-Collection.

Pr. Loose
empfiehlt ohne Preis-Erhöhung. Auf
Wunsch Kredit. Briefe gegenständig franko.
Sal. Oppenheim
in Hamburg.

Große und billige Kapitalverloosung,

von der Herzogl. Braunschweig. Landes-Regierung garantiert, findet am 12. u. 13. Dezember d. J. ihren Beginn. Die Theilnahme an Staats-Effektenverloosungen, in Original-Ausloosungen, ist im Königreiche Preußen gesetzlich gestattet. Der in obiger Staatsverloosung zu entscheidende Betrag ist ein Kapital von

1 Mil. 108,700 Pr. Thlrn. und finden diese in folgenden größeren Gewinnen ihre Ausloosung, als:
100,000, 60,000, 40,000, 20,000, 2 mal 10,000, 2 mal 8000, 2 mal 6000, 2 mal 5000, 2 mal 4000, 2 mal 3000, 2 mal 2500, 4 mal 2000, 5 mal 1500, 105 mal 1000 Pr. Thaler u. c.

Gewinne sind bei allen Bankhäusern zahlbar. Von der hohen Direktion ist mir der Haupt-Debit dieser Originalstaatsloose übertragen, und bekomme ich Jeder das Original (keine Promesse) in Händen.

1 Viertel Originalstaatsloos kostet 1 Thlr.,
1 Halbes Originalstaatsloos kostet 2 Thlr.,
1 Ganzes Originalstaatsloos kostet 4 Thlr.

Da die Theilnahme eine enorm rege ist, wolle man gef. Aufträge, die prompt und unter strengster Diskretion, selbst nach entferntester Gegend, ausgeführt werden, unter Befugung des resp. Betrages, auf Wunsch auch gegen Postvorschuß, baldigst Unterzeichnetem einfinden.

J. Dammann,
Bank- und Wechselgeschäft,
Samburg.

Fischeri 3. eine Et. hoch ist eine gut möbl. Stube nebst Schlafstube zu vermieten.

Thorstraße 4. ist eine möbl. Parterrestube zu vermieten.

St. Martin Nr. 62. und Nr. 30. Mittelwohnungen vom 1. Januar ab zu vermieten.

Kanonienplatz Nr. 8. ist im 3. Stock d. Seitengebäudes eine kleine Wohnung, bestehend a. 2 H. Zimmern m. Kochherd, Wasserleit. z. 1. Jan. z. verm.

C. f. möbl. Zimmer Brontfr. 10 2. Et. z. v.

Breitestraße 12. ist eine kleine Wohnung wie auch eine große Remise zu vermieten.

Eine fr. m. Part. - Stube n. v. ist billig zu vermieten **Venetianerstr. 4.**

Wasserstraße 25. ist ein möbliertes Zimmer sofort billig zu vermieten. Zu erfr. in d. Schule.

Breitestraße 15. ist eine Wohnung, möbliert und unmöbliert, sofort und vom 1. Januar zu vermieten.

Es wird ein **Salon** mit einem oder 2 angrenzenden Zimmern gleich gesucht. Durch wen? sagt die Expedition dieses Blattes.

Ein Zimmer für zwei junge Leute, möbliert, ist zum 1. Januar zu vermieten. Näheres bei **Simon Fiegel.** Markt 8.

Wilhelmsstraße 26. früher Hotel de Bavière, ist im 3. Stock eine elegant möblierte Wohnung von 2 Zimmern zum 1. Januar billig zu vermieten. Näheres daselbst.

Ein prakt. u. theoret. gebildet, der deutsch u. poln. Sprache mächtig, militärr., unverheiratet, **Wirtschafts-Inspektor**, 14 Jahre beim Bach, worüber gute Zeugn. wie persönl. Empf. zur Seite stehen, sucht v. Neu. od. v. 15. Januar 1868 eine dauernde u. mögl. selbstst. Stellung. Auf Wunsch erfolgt persönl. Vorstellung. Gef. Offerten werden unter **A. L.** poste restante **Marionwerder** erbeten.

Aufs Land wird eine tüchtige Wirthin in gefestigten Jahren gesucht von **M. Bernstein,** Sandstr. Nr. 2.

Eine anständige Frau oder Mädchen wird zur Führung der Wirthschaft auf dem Lande gesucht. Portofreie Anfragen unter **R. J. 10.** Kleto poste restante.

Zu Neujahr ist die **Hofbeamten-Stelle** auf dem Dominium **Glupon** bei Neustadt b. P. zu besetzen. Gehalt 80 Thlr. Persönliche Vorstellung erforderlich.

Eine recht tüchtige, evangelische Wirthin, die gut empfohlen wird, sucht zum 1. Januar 1868 eine Stelle. — Zu erfragen sub M. R. poste rest. Kleto.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Verlag von I. Guttentag in Berlin.

Soeben erschienen neu Posen bei **Ernst Rehfeld** Wilhelmplatz 1:

Briefe über Musik an eine Freundin von L. Ehler. 1868. 2. Auflage. Geheftet. 27 Sgr.

Diese Briefe behandeln die wesentlichen Fragen und Erscheinungen, welche von Beethoven bis auf unsere Zeit das musikalische Publikum beschäftigt haben. Die Neuheit des Standpunkts so wie die aus dem gewöhnlichen Geleise heraustretende, überraschend geistreiche, pikante Behandlung des Stoffes haben nicht verfehlt, Aufsehen zu erregen, und dem Buche in den gebildeten, von musikalischem Interesse belebten Kreisen die grösste Theilnahme zu verschaffen.

Musikalische Studien von W. Tappert. 1868. 1 1/2 Thlr.

Inhalt: I. Wandernde Melodien. — II. Ein Umbildungs-Prozess. — III. Der übermässige Dreiklang. — IV. Die alterirten Accorde. — V. Ein Dogma. — VI. Zooplastik in Tönen.

Früher erschienen:

Aesthetik des Klavierspiels. Von Dr. Ad. Kullak. Geheftet 2 1/2 Thlr.

Felix Mendelssohn-Bartholdy. Sein Leben und seine Werke von A. Reissmann. 1867. Geh. 1 1/2 Thlr. Eleg. gebunden 2 Thlr.

Robert Schumann. Sein Leben und seine Werke, dargestellt von A. Reissmann. Gr. 8. Geheftet 1 1/2 Thlr. Eleg. gebunden 1 3/4 Thlr.

Von Bach bis Wagner. Zur Geschichte der Musik von A. Reissmann. Geh. 27 Sgr.

Lehrbuch der musikalischen Komposition von A. Reissmann. I. Band. Elementarformen. Preis 3 Thlr. II. Band: Die angewandte Formenlehre. Preis 3 Thlr.

Zur Tonkunst. Abhandlungen von Ernst Otto Lindner. Geheftet 1 Thlr. 28 Sgr.

Musik und musikalische Erziehung. Von Wilhelm Tappert. 1867. Geheftet. Preis 16 Sgr.

Weihnachts-Ausstellung!

Einem geehrten Publikum hier und in der Umgegend zeige ich ergebenst an, daß ich auch in diesem Jahre ein wohlaffortirtes Lager von guten Jugendschriften, Erbauungsbüchern und sonst sich zu Geschenken eignenden klassischen Werken vorrätig halte. Außer diesen bietet meine Ausstellung auch andere praktische Gegenstände, die sich für Jung und Alt zu Geschenken eignen.

Schreibebücher mit bunten und blauen Schalen à 1 Sgr., das Duzend zu 10 Sgr., — à 6 Pf., das Duzend zu 5 Sgr.

Rogasen, im Dezember 1867.

Jonas Alexander, Buchhändler.

Abfak in	
Baden	100,000
Württemberg	80,000
Bayern	60,000
Preußen	20,000
Württemberg	30,000
Sachsen	40,000
Schweiz	60,000
Sachsen	20,000
Amerika	20,000
Oesterreich	20,000
Preußen	50,000
Zum Ganzen 500,000	Gremplare.

E. S. Mittler'sche Buchhandlung in Bromberg für die Provinz Posen.

Bei August Hirschwald in Berlin erschien

so eben, vorrätig bei **Louis Türk,** Wilhelmplatz 4:

Medicinal-Kalender

für den preussischen Staat auf das Jahr 1868.

Mit Genehmigung Sr. Excellenz des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- u. Medicinal-Angelegenheiten und

mit Benutzung der Ministerial-Acten.

8. 2 Theile. (1 Thl. in Leder gebunden) Preis: 1 Thlr. 10 Sgr.

(1 Thl. in Leder gebunden u. durchschossen) Preis: 1 Thlr. 15 Sgr.

Zu Festgeschenken und als schönste Zimmerzierde empfehle mein

Lager der besten Veldruch-Bilder.

Dieselben sind wirklichen Veldgemälden täuschend ähnlich und die Verkaufspreise von Thlr. 6 1/2 — 13 incl. Rahmen.

Ernst Rehfeld, Wilhelmplatz 1. (Hôtel de Rome.)

2 Thaler Belohnung Demjenigen, der mir meinen am 8. d. Mts. entlaufenen, auf den Namen „Roland“ hörenden, schwarzen, schwarzbraunen, großen Hofhund (Brust und Fußspitzen weiß) gefund wiederbringt.

Kowen bei Schwefenz, den 8. Dezember 1867.

E. Schwabe.

Posener Landwehr-Verein. Sonabend den 14. d. Mts. Abends 7 1/2 Uhr gefellige Zusammenkunft in Lambers's Saal.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

M. II. XII. A. 7. J. III.

Naturwissenschaftlicher Verein. Öffentliche Vorträge naturwissenschaftlichen Inhalts beginnen Mittwoch den 11. d. Mts. um 5 Uhr Nachmittags in der Realschule mit dem Vortrage des Herrn Direktor **Brennecke:**

Pariser Ausstellung. Einleitender Vortrag.

Programme und Eintrittskarten in der Buchhandlung des Herrn **Levysohn.**

Rettings-Verein. Unser Kamerad **Stanislaus Schmalowski** ist gestern gestorben. Zur feierlichen Beerdigung laden wir hiermit sämtliche Mitglieder beider Abtheilungen des Rettingsvereins auf Dienstag den 10. d. M. Nachmittags 3 Uhr ergebenst ein.

Der Versammlungsort ist Thorstraße Nr. 11. **Posen, den 9. Dezember 1867.**

Der Vorstand.

Siehe! dein König kommt zu dir sanftmüthig.

Welch' ein Gruß ist das? So fragten mich meine 80 hilflosen Kinder und Wittwen, welche in den hiesigen 3 christlichen Samariterherbergen eine rettende und pflegende Liebe gefunden haben. Als ich ihnen deutlich sagte: Das ist der erste Gruß des herannahenden Weihnachtsfestes, den dasselbe durch seinen heiligen Adventsboten sendet, da wurden alle Herzen fröhlich in Hoffnung, daß der Herr wieder und wieder die lebendigen Ströme seiner Liebe in die Herzen seiner Jünger gießen und die Niedrigen erheben und die Hungrigen mit Gütern füllen werde. Obgleich viel allgemeine Noth und Sorge wie finstere Schatten jetzt auf Gottes Erde ruhen, so will ich es doch wagen, für meine harrenden Wörlinge und Pfleglinge einen Weihnachtsgruß aufzurichten und will es in bestender Demuth dem gnadenvollen Willen und Walten meines Herrn anheimstellen, wie und wo er christliche Herzen und Hände erwecken werde, um jenen Gruß auch zu bereiten. Die fragenden Blicke, mit denen mich meine vielen Kinder jetzt auf Schritt und Tritt begleiten, werde ich mit dem tröstlichen Adventsversprechen beantworten: Der Herr ist nahe, forget nicht.

So möge denn dieses bittende Wort von dem Munde und Herzen eines Unbekannten in die weite Christenwelt hineingehen und vom Herrn die Kraft empfangen, auf daß vieler Herzen Gedanken offenbar werden. Mit dankbarer Freude werde ich die eingehenden Spenden auf den Tisch meiner Kinder legen und den Empfang derselben auch von Zeit zu Zeit durch dieses Blatt den lieben Gekern melden.

Pfleschen in der Provinz Posen, den 1. Dezember 1867.

Strecker, ev. Pfarrer und Vorsteher von drei christlichen Liebesanstalten.

Familien-Nachrichten. Die am 8. Dezember erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem munteren Knaben zeige ich statt jeder besonderen Meldung allen meinen lieben Freunden, Bekannten und Verwandten ergebenst an.

Karl Blafste, Restaurateur.

Am 8. d. Monats um 12 1/2 Uhr entfiel dem Herrn nach langen und schweren Leiden der Zimmerpolier **Christian Friebe** im 62. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Mittwoch um 3 Uhr Nachmittags vom Lauerhause Bagorze Nr. 14. aus statt. Um stille Theilnahme bitten

die Hinterbliebenen.

Posen, den 9. Dezember 1867.

Auswärtige Familien-Nachrichten. **Verlobungen.** Frä. Sophie Weiße mit Hrn. Otto Schulte in Berlin, Fräul. Charlotte Weiße mit Steuer-Empfänger und Lieutenant Albert Lemde in Tiedelburg, Fräul. Dorothea Waschitschek mit Kaufmann Louis Roll in Bromberg.

Verbindungen. Paul v. Debschitz mit Fräul. Franziska Gräfin Hinz v. Hinzstein in Burglehn, Premier-Lieutenant Heinrich v. Voelgk mit Fräul. Anna v. Wedell-Reppin in Posen.

Geburten. Ein Sohn: dem Hrn. Moritz Schumann in Berlin, dem Photographen Fritz Jacobson in Berlin, dem Kreisrichter Daubenspeck in Kyritz, dem Herrn Alvensleben in Rodenhofen, dem Herrn v. Krzyzda-Poleski in Langenhafen. Eine Tochter: dem Herrn Staats in Breitenberg.

Hildebrand's Sommertheater

L. Broekmann's Cirque Quadrumane.

Heute Dienstag den 10. Dezember: Große Vorstellung Abends 7 Uhr. (Great Steeple chase).

Kasseneröffnung 6 Uhr. Täglich Vorstellung Abends 7 Uhr. Sonntag den 15. Dezember zwei Vorstellungen. Billets vorher im Theater und beim Portier im **Hôtel de Rome.** Am 20. Dezember letzte Vorstellung.

L. Broekmann.

Ob., do. 5% Provinzial-Obligationen — do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Melliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84 Bd., Schubiner 4 1/2 % Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe — [Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 69, Jan. 1868 69, Febr. 1868 69, März 1868 69 1/2, März-April 1868 69 1/2, Frühjahr 1868 70.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2, Jan. 1868 19 1/2, Febr. 1868 19 1/2, März 1868 20, April 1868 20 1/2, Mai 1868 20 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** Frost. **Roggen** fest, pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867, Jan. 69 1/2, Febr. 69 1/2, März 69 1/2, April 69 1/2, Mai 69 1/2, Juni 69 1/2, Juli 70 1/2.

Spiritus befeuchtend, gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2 — 19 3/4, Jan. 19 1/2 — 19 3/4, Febr. 19 1/2 — 19 3/4, März 19 1/2 — 19 3/4, April 19 1/2 — 19 3/4, Mai 19 1/2 — 19 3/4, Juni 19 1/2 — 19 3/4, Juli 19 1/2 — 19 3/4, August 19 1/2 — 19 3/4, September 19 1/2 — 19 3/4, Oktober 19 1/2 — 19 3/4, November 19 1/2 — 19 3/4, Dezember 19 1/2 — 19 3/4.

Ob., do. 5% Provinzial-Obligationen — do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Melliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84 Bd., Schubiner 4 1/2 % Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe — [Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 69, Jan. 1868 69, Febr. 1868 69, März 1868 69 1/2, März-April 1868 69 1/2, Frühjahr 1868 70.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2, Jan. 1868 19 1/2, Febr. 1868 19 1/2, März 1868 20, April 1868 20 1/2, Mai 1868 20 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** Frost. **Roggen** fest, pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867, Jan. 69 1/2, Febr. 69 1/2, März 69 1/2, April 69 1/2, Mai 69 1/2, Juni 69 1/2, Juli 70 1/2.

Spiritus befeuchtend, gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2 — 19 3/4, Jan. 19 1/2 — 19 3/4, Febr. 19 1/2 — 19 3/4, März 19 1/2 — 19 3/4, April 19 1/2 — 19 3/4, Mai 19 1/2 — 19 3/4, Juni 19 1/2 — 19 3/4, Juli 19 1/2 — 19 3/4, August 19 1/2 — 19 3/4, September 19 1/2 — 19 3/4, Oktober 19 1/2 — 19 3/4, November 19 1/2 — 19 3/4, Dezember 19 1/2 — 19 3/4.

Ob., do. 5% Provinzial-Obligationen — do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Melliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84 Bd., Schubiner 4 1/2 % Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe — [Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 69, Jan. 1868 69, Febr. 1868 69, März 1868 69 1/2, März-April 1868 69 1/2, Frühjahr 1868 70.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2, Jan. 1868 19 1/2, Febr. 1868 19 1/2, März 1868 20, April 1868 20 1/2, Mai 1868 20 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** Frost. **Roggen** fest, pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867, Jan. 69 1/2, Febr. 69 1/2, März 69 1/2, April 69 1/2, Mai 69 1/2, Juni 69 1/2, Juli 70 1/2.

Spiritus befeuchtend, gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2 — 19 3/4, Jan. 19 1/2 — 19 3/4, Febr. 19 1/2 — 19 3/4, März 19 1/2 — 19 3/4, April 19 1/2 — 19 3/4, Mai 19 1/2 — 19 3/4, Juni 19 1/2 — 19 3/4, Juli 19 1/2 — 19 3/4, August 19 1/2 — 19 3/4, September 19 1/2 — 19 3/4, Oktober 19 1/2 — 19 3/4, November 19 1/2 — 19 3/4, Dezember 19 1/2 — 19 3/4.

Ob., do. 5% Provinzial-Obligationen — do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Melliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84 Bd., Schubiner 4 1/2 % Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe — [Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 69, Jan. 1868 69, Febr. 1868 69, März 1868 69 1/2, März-April 1868 69 1/2, Frühjahr 1868 70.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2, Jan. 1868 19 1/2, Febr. 1868 19 1/2, März 1868 20, April 1868 20 1/2, Mai 1868 20 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** Frost. **Roggen** fest, pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867, Jan. 69 1/2, Febr. 69 1/2, März 69 1/2, April 69 1/2, Mai 69 1/2, Juni 69 1/2, Juli 70 1/2.

Spiritus befeuchtend, gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2 — 19 3/4, Jan. 19 1/2 — 19 3/4, Febr. 19 1/2 — 19 3/4, März 19 1/2 — 19 3/4, April 19 1/2 — 19 3/4, Mai 19 1/2 — 19 3/4, Juni 19 1/2 — 19 3/4, Juli 19 1/2 — 19 3/4, August 19 1/2 — 19 3/4, September 19 1/2 — 19 3/4, Oktober 19 1/2 — 19 3/4, November 19 1/2 — 19 3/4, Dezember 19 1/2 — 19 3/4.

Ob., do. 5% Provinzial-Obligationen — do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Melliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84 Bd., Schubiner 4 1/2 % Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe — [Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 69, Jan. 1868 69, Febr. 1868 69, März 1868 69 1/2, März-April 1868 69 1/2, Frühjahr 1868 70.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2, Jan. 1868 19 1/2, Febr. 1868 19 1/2, März 1868 20, April 1868 20 1/2, Mai 1868 20 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** Frost. **Roggen** fest, pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867, Jan. 69 1/2, Febr. 69 1/2, März 69 1/2, April 69 1/2, Mai 69 1/2, Juni 69 1/2, Juli 70 1/2.

Spiritus befeuchtend, gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2 — 19 3/4, Jan. 19 1/2 — 19 3/4, Febr. 19 1/2 — 19 3/4, März 19 1/2 — 19 3/4, April 19 1/2 — 19 3/4, Mai 19 1/2 — 19 3/4, Juni 19 1/2 — 19 3/4, Juli 19 1/2 — 19 3/4, August 19 1/2 — 19 3/4, September 19 1/2 — 19 3/4, Oktober 19 1/2 — 19 3/4, November 19 1/2 — 19 3/4, Dezember 19 1/2 — 19 3/4.

Ob., do. 5% Provinzial-Obligationen — do. 5% Kreis-Obligationen 98 Br., do. 5% Obra-Melliorations-Obligationen 98 Br., polnische Banknoten 84 Bd., Schubiner 4 1/2 % Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe — [Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867 und Jan. 1868 69, Jan. 1868 69, Febr. 1868 69, März 1868 69 1/2, März-April 1868 69 1/2, Frühjahr 1868 70.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Faß) gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2, Jan. 1868 19 1/2, Febr. 1868 19 1/2, März 1868 20, April 1868 20 1/2, Mai 1868 20 1/2.

[Privatbericht.] **Wetter:** Frost. **Roggen** fest, pr. Dezbr. 69 1/2, Dezbr. 1867, Jan. 69 1/2, Febr. 69 1/2, März 69 1/2, April 69 1/2, Mai 69 1/2, Juni 69 1/2, Juli 70 1/2.

Spiritus befeuchtend, gel. 21,000 Quart, pr. Dezbr. 19 1/2 — 19 3/4, Jan. 19 1/2 — 19 3/4, Febr. 19 1/2 — 19 3/4, März 19

